Kollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR Seite 6

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 43 vom 26. 10. 1979 13. Jahrgang 1 DM



Widersinnig ist die kapitalistische Produktionsweise. Weil wir in diesem Jahr wieder eine Rekordernte bei verschiedenen Obst- und Gemüsesorten zu verzeichnen haben, müßte eigentlich die Freude bei Erzeugern und Verbrauchern groß sein. Das Gegenteil ist der Fall. Allein in diesem Jahr sind in sechs EG-Ländern 260 000 Tonnen Äpfel vernichtet worden, damit die Profite der Lebensmittelkonzerne stimmen. Der kleine Bauer muß seine Ernte für einen lächerlich geringen Preis veräußern, der Endverbraucher zahlt für das künstlich verknappte Angebot überhöhte Preise.

Europareise des chinesischen Regierungschefs

Hua kommt als Kriegstreiber

Rüstungsappell an EG-Staaten

BONN.— Auf seiner zweiten Europareise innerhalb eines Jahres ist der chinesische Partei- und Regierungschef Hua Guo Feng jetzt in der Bundesrepublik eingetroffen. Diese Reise soll dazu dienen, die Situation in Europa anzuheizen, das Bündnis EG-China zu vertiefen. Bereits auf der Pariser Station seiner Reise hatte Hua die seit langem bekannten, markigen Worte zur Notwendigkeit der westeuropäischen Aufrüstung gefunden.

Hatte er im letzten Jahr auf seiner Balkanreise bereits die Rumänen und Jugoslawen aufgefordert, sich offen auf die Seite der USA gegen die Sowjetunion zu stellen, so heißt sein konkretes Ziel diesmal die westeuropäischen kapitalistischen Länder zur Vorbereitung auf den imperialistischen Krieg aufzurufen.

Hua kommt als Freund der Monopole, als Freund der Revanchisten, als Freund der Kriegstreiber. Nicht nur, daß er Aufträge über Fabriken der Schwerindustrie von über 15 Milliarden Mark mitbringt. Nicht nur, daß die chinesische Regierung und Partei seit Jahren alle westdeutschen Bestrebungen einer kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands aktiv unterstützen.

Größtes Interesse hatte Hua auch vor allem daran, Franz Josef Strauß zu treffen, der für die chinesische Politik als Kanzlerkandidat der Unionsparteien von besonderem Interesse ist. Auch seine Besichtigungstour galt den Betrieben der Rüstung und der Luftfahrt. MBB, Sie-



mens und Edelstahlwerke waren sein besonderer Wunsch. In diesen Kreisen werden seine Rüstungsparolen bestimmt auf ein gutes Echo stoßen, auch sein Wunsch, Tornados und Leopard-Panzer zu kaufen, wird Verständnis finden.

Und eine Hand wäscht die andere. Die Bundesregierung hat ihren Teil dazu beigetragen, Hua für die Aggression gegen Vietnam grünes Licht zu geben. Anerkennung des mörderischen Pol-Pot-Regimes als legale Regierung Kambodschas, für die auch die Bundesregierung in der UNO stimmte, war die nachträgliche Rechtfertigung für den Überfall Chinas auf Vietnam. In Paris hat Hua bereits darauf verwiesen, daß die chinesische Regierung nicht der Meinung sei, der aktuelle Konflikt mit Vietnam ließe sich friedlich regeln. Er sucht ohne Zweifel die Zustimmung für eine erneute Aggression, so wie sie im letzten Jahr Deng Xiaoping in Washington bekommen hatte.

(siehe auch Seite 9)

Weitere Teuerung bei Heizöl und Benzin

Lambsdorff begrüßt Preiserhöhungen

Die Hoffnung auf ein Sinken der Benzin- und Heizölpreise hat Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff „trügerisch" genannt. Eine von seinem Ministerium bestellte Prognose kündigt sogar ein Steigen des Benzinpreises in den nächsten zehn Jahren auf zwei Mark pro Liter an.

Der Herr Minister beobachtet jedoch eine solche Entwicklung nicht etwa mit Sorge. Im Gegenteil, wieder einmal trat er als entschiedener Fürsprecher der von den Öl-Multis betriebenen Preistreiberei auf. Er befürwortete ausdrücklich Preiserhöhungen, sie sollten nur nicht „explosiv, sondern kalkulierbar, stetig und in kleinen Dosen vorgenommen" werden. Die Bosse in den Zentralen von Exxon, Shell und Texaco können mit ihrem Lambsdorff wieder einmal zufrieden sein. Sie versäumten es denn auch nicht, den Minister zu bestätigen und ein Herunterschrauben der Preise abzulehnen.

Einmal mehr tischten die Multis dabei das Märchen von der angeblichen Ölknappheit auf und erklärten, erst ein Rückgang des Verbrauchs könne die angespannte Versorgungslage entlasten und dann möglicherweise zu Preissenkungen führen. Dieses Märchen der Multis ist in der vergangenen Woche allerdings durch statistisches Material eindeutig widerlegt worden, das vom Bundespresseamt in Bonn verbreitet wurde. Daraus geht nämlich hervor, daß die Öltanks in unserem Land noch nie so voll waren wie in diesen Monaten. Am 31.8. betrugen die Mineralölbestände in der Bundesrepublik 35,7 Millionen Tonnen, am gleichen Tag des Vorjahres waren es nur 32,1 Millionen Tonnen.

Und was den Verbrauch betrifft, so ist er beim Benzin in der ersten Hälfte dieses Jahres nur geringfügig gestiegen, beim Heizöl sogar um zwei Prozent zurückgegangen: eine Folge der unverschämten Preistreiberei durch die Multis.

Ungerechte Kindergeldregelung

BONN.— Mehrere hundert Sozialhilfeempfänger demonstrierten in Bonn für die Abschaffung der ungerechten Regelung, daß das Kindergeld vom Sozialhilfesatz abgezogen wird.

Ersatz für Asbest

DORTMUND.— Tausende von Arbeitern sind schon auf qualvolle Weise umgekommen, weil sie den krebserzeugenden Arbeitsstoff Asbest verarbeiten mußten. Jetzt hat eine Dortmunder Firma einen Ersatzstoff entwickelt.

Asbest wurde als Material für feuerfestes, hitzeabschirmendes Gewebe benötigt. Das neugeschaffene Gewebe übertrifft jedoch in bezug auf die physikalischen und thermischen Werte das Asbestgewebe sogar. Heiß- und Glühversuche der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung hat es glänzend bestanden. Allerdings ist der neue Schutzstoff um einiges teurer als Asbest.

Da den Kapitalisten in der Regel der Profit wichtiger ist, als Gesundheit und Leben der Arbeiter, muß die Regierung jetzt endlich die Verwendung des mörderischen Arbeitsstoffes Asbest gesetzlich verbieten!

Im Jahr des Kindes

Schwerarbeit und Folter für Kinder

BUENOS AIRES/NEW YORK.— Mit viel Humanitätsgetöse wird das Jahr des Kindes im Rahmen sogenannter Wohltätigkeitsveranstaltungen begangen. Während sich dort Stars und Politiker ihr soziales Engagement bescheinigen lassen, sieht die Wirklichkeit ganz anders aus. Allein in den letzten beiden Wochen wurden Meldungen bestätigt, nach denen in Argentinien Kinder gefoltert werden, während in den USA die Kinderarbeit sich ausbreitet.

In Buenos Aires wurde jetzt bekannt, daß im letzten Jahr mindestens zwölf Kinder unter 14 Jahren von der Polizei und vom Geheimdienst gefoltert wurden. Sie wurden, auch Sechsjährige waren dabei, mit Stöcken geschlagen, in eiskaltes Wasser gestellt und all den barbarischen Untaten ausgesetzt, von denen man bisher annahm, daß die argentinischen Folterknechte würden sie auf Erwachsene beschränken.

Währenddessen wurde ebenfalls bestätigt, daß in mindestens 200 Textilfirmen New Yorks fast 1 000 Kinder im Akkordnähen beschäftigt sind. Sie erhalten dafür, bei bis zu zehnstündiger Arbeitszeit für 12- bis 16jährige, in der Stunde im Durchschnitt 0,25 Dollar.

Diese erschütternden Tatsachen, von denen die Zahlen nur einen oberflächlichen Eindruck bilden können, sind keine Ausnahmen.

Amnesty International klagte in der vergangenen Woche verschiedene Länder an, sie würden Kinder foltern, Kinder politischer Gegner.

Die Internationale Arbeitsorganisation hatte bereits vor Monaten zugegeben, daß die Kinderarbeit weltweit zunimmt.

Park verhängt Kriegsrecht

Massendemonstrationen in Südkorea

PUSAN/MASAN.— Nach den großen Demonstrationen der letzten Woche in verschiedenen Städten Südkoreas hat der Militärdiktator Park über die Städte Pusan und Masan das Kriegsrecht verhängt. Dort waren Zentren der Aktionen gewesen, an denen sich Zehntausende von Studenten und Tausende von Arbeiterinnen beteiligt hatten.

Anlaß der großen Demonstration war der Ausschluß des Führers der legalen Opposition, Kim Young Sam, aus dem sogenannten Parlament gewesen. Aber schon in den Wochen zuvor hatte es verschiedenste Aktionen gegeben, die sich gegen die Diktatur gerichtet hatten. Jetzt wurden wahre Massenaktionen daraus.

Das Regime Park Chung Hees ist seit langem wegen seiner Brutalistät und seiner bedingungslosen Unterwerfung unter die ausländischen Monopole in ganz Asien berüchtigt. Immer wieder kam es zu massiven Polizei- und Armeeeinsätzen gegen Demonstrationen, Kundgebungen, Versammlungen und Streiks. Seit 1974 verging kein Jahr ohne grobes Blutvergießen.

Beherrscht wird das Land von den nordamerikanischen Finanzmagnaten, die dort nicht nur Dutzende von Milliarden Dollars investiert haben, sondern auch die ganze Armee und Polizei ausgerüstet, ausgebildet und organisiert haben. Auch bei westdeutschen Monopolen ist Südkorea, ohne Streikrecht, ohne Gewerkschaften sehr beliebt.

Nicht umsonst ist die Stadt Masan ein Zentrum des Kampfes. Sie ist eine sogenannte freie Produktionszone. Keine Steuern und Zölle, keine Rechte für die Belegschaft. Deshalb werden dort vor allem Frauen beschäftigt.

Zur selben Zeit, wie diese Kämpfe ausbrechen, verkünden die USA-Oberherrn Parks eine massive Aufrüstungskampagne. Mehr denn je soll Südkorea strategischer Mittelpunkt ihrer aggressiven Politik in Asien werden. Mehr denn je brauchen sie deshalb auch Ruhe. Das ist der Grund, weshalb diesmal mit noch mehr Brutalität vorgegangen wurde.



In Südkorea ein alltägliches Bild: mit chemischen Waffen und Stahlstangen greift die Armee eine Demonstration an. Hier im September 1975.

Kommentar

Hübner, Bahro und der Revanchismus

Nun sind sie also endgültig unter uns — die beiden prominentesten Dissidenten aus der DDR, Niko Hübner und Rudolf Bahro. Kaum, daß sie dem Interzonenzug entstiegen waren, gliederten sie sich wie selbstverständlich in das ein, was man im westlichen deutschen Teilstaat die Parteienlandschaft nennt.

Da kam also der Kriegsdienstverweigerer Niko Hübner. Ein junger Pazifist? Keineswegs. Zu einem Dienst in der Bundeswehr ist der junge Mann mit Freuden bereit. Nur drüben wollte er eben nicht(Hübner wurde gleich nach seiner Ankunft auf vier großen Seiten in der *Bild*-Zeitung präsentiert. Im begleitenden Text hieß er stets nur „der junge deutsche Freiheitskämpfer." Hübner selbst beherrschte perfekt, als habe er nie etwas anderes gesprochen, den Springer-Jargon. So etwa, wenn er nicht von Ostmark sprach, sondern von „Schwindelwährung; es ist doch kein frei konvertierbares Geld, oder?"

Sein erster Weg in der Bundesrepublik wird ihn zu Franz Josef Strauß führen, aus dessen Hand er einen mit 10000 Mark dotierten Friedenspreis entgegennehmen darf. Unterdessen wird *Bild* Hübners Lebens- und Gefängnisgeschichte zu einer Serie auswalzen. Die erste Kostprobe davon liegt schon vor. Wieder einmal wird da Honekkers sozialfaschistisches Regime mit dem Sozialismus gleichgesetzt und antikommunistische Hetze in einer geifernden Tonart betrieben, die selbst frühere Machwerke aus dem Springer-Konzern noch übertrifft.

Hübner, wie gesagt, hat seinen Platz im System des westdeutschen Imperialismus eingenommen. „Ich habe eine Aufgabe", sagt er. Und die definiert er — oder seine Hintermänner für ihn — so: gemeinsam mit Löwenthal, dem Strauß-nahen Christlichen Gewerkschaftsbund und anderen eine großangelegte Kampagne für die „Menschenrechte" in der DDR starten. Dabei soll das Honecker-Regime massiv unter Druck gesetzt und an einer Nebenfront auch der Kampf gegen die „Ost-Sympathisanten" in Regierung und SPD eröffnet werden, die viel zu sanft mit der DDR umsprängen.

Hübner — eine Gallionsfigur der offen revanchistischen Kräfte in der Bundesrepublik, die sich dieses „jungen Freiheitskämpfers" bedienen, um einmal mehr für das Reklame zu machen, was sie unter der Befreiung der Menschen im östlichen Teil Deutschlands verstehen, nämlich die Liquidierung und Einverleibung der DDR.

Mit Rudolf Bahro sieht das anders aus. Er hat zwar sogleich die Bildung einer neuen Partei angekündigt, ein wenig grün, ein wenig sozialistisch. Auf weitere Aktivitäten in die DDR hinein will aber auch er nicht verzichten. Hat er sich doch nach eigenem Bekenntnis gerade deshalb für die Ausreise in die Bundesrepublik entschieden, weil „so der größte Einfluß auf die DDR zu behalten" ist. Nur ist es nicht der Einfluß der privaten Bahroschen Ideen, der hier zur Debatte steht. Bahro bezeichnet sich zwar als Kommunist, er ist jedoch keiner, der für die revolutionäre Umgestaltung des bürgerlichen Systems in der DDR kämpft. Was er will, ist eine Art Neuauflage des „Prager Frühlings" in Ostdeutschland, die Einführung eines Pluralismus nach westlichem Muster in der DDR.

Und das ist auch der Grund dafür, daß Bahro schon als Dissident und Häftling die massive Unterstützung des westdeutschen Imperialismus gefunden hat. Denn eine Zersetzung des Honecker-Regimes unter dieser Zielsetzung liegt natürlich auch im Interesse der Monopole und ihrer Bonner Regierung, die ihren Anspruch auf die DDR nie aufgegeben haben.

Bahro wurde dabei vor allem von der SPD in den Vordergrund geschoben. Prominente Parteiführer wie von Oertzen, aber auch die Jusos wirkten in den verschiedenen Bahro-Komitees mit. Der Grund dafür war, daß dessen Positionen in den Rahmen der sogenannten neuen Ostpolitik Bonns paßten. Diese Ostpolitik ist jedoch nur eine Variante, eine besondere Taktik des westdeutschen Imperialismus, durch die er mit innerer Zersetzung in der DDR, mit verstärkter wirtschaftlicher und politischer Einflußnahme im östlichen Teil Deutschlands seinem Ziel näher zu kommen hofft.

Hübner und Bahro sind also beide — wenn auch auf unterschiedliche Art — in den Dienst einer Politik gestellt, von der das deutsche Volk in Ost und West nichts zu erwarten hat, die im Gegenteil für unser Volk verhängnisvoll ist. Der einzige Weg, die Verhältnisse in beiden deutschen Staaten im Sinne der Werktätigen zu verändern und die Spaltung Deutschlands zu überwinden, ist der revolutionäre Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Aus dem Inhalt

Zehn Jahre Septemberstreiks '69 5
Die Lüge von der Bauernhatz DieKollektivierung der Landwirtschaft unter Stalin 6
Zur „Faschismus = Sozialismus"-Kampagne der CSU ... 7
Zum Thema Wiedervereinigung 7
Polizeipräsident zu Todesschüssen in Bochum 8
Deutsch-chinesische Beziehungen; ihre Geschichte in Bildern 9
Oberst Romero in Salvador gestürzt 10
Ein Volk unter Waffen (Albanienserie) 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Industrie- und Handelskammer schreibt an Rau

Wiederaufbereitungsanlage in NRW?

Zwischenlager in Ahaus beschlossene Sache

DÜSSELDORF.— Erst jetzt ist bekanntgeworden, daß die Landesvereinigung der Industrie- und Handelskammer schon vor Monaten einen Brief an Ministerpräsident Rau gerichtet hatte, in dem die Errichtung der ursprünglich für das niedersächsische Gorleben geplanten Wiederaufbereitungsanlage im Gebiet von Nordrhein-Westfalen gefordert wurde.

Die Wiederaufbereitungsanlage, Kernstück des Bonner Atomprogramms, ist von einer Konferenz der Ministerpräsidenten der Bundesländer mit Bundeskanzler Schmidt **vorläufig** fallengelassen worden, nachdem der niedersächsische Landeschef Albrecht ihre Errichtung für politisch undurchführbar erklärt hatte. Die Ministerpräsidenten verständigten sich daraufhin auf einen verstärkten Ausbau von Zwischenlagern.

Nachdem das nordrhein-westfälische Kabinett in Erfüllung der Beschlüsse der Ministerpräsidenten die Errichtung eines Zwischenlagers in Ahaus (nördlich des Ruhrgebiets) ins Auge gefaßt hatte, hat das jetzt erst bekanntgewordene Schreiben erhebliche Unruhe bis hinein in die SPD-Fraktion ausgelöst.

Regierungssprecher beeilten sich mitzuteilen, daß in Nordrhein-Westfalen auf keinen Fall eine Wiederaufbereitungsanlage zur Debatte stünde. Im übrigen hätte die Landesregierung sich vorbildlich für das Bonner Atomprogramm engagiert, wie der Schnelle Brüter, ein für die Kohlevergasung vorgesehener Hochtemperaturreaktor und das geplante Zwischenlager in Ahaus beweisen würden.

Das Projekt der Wiederaufbereitungsanlage ist keineswegs gestorben. Man darf gespannt sein, in welchem Zusammenhang es das nächste Mal auftaucht.



Bauernprotest gegen Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben

Streit um Gesamtschule verschärft sich

Wird der Gesamtschulabschluß in Bayern nicht anerkannt?

Strauß als Scharfmacher

In der vergangenen Woche haben sich die schulpolitischen Auseinandersetzungen zwischen SPD/FDP und CDU/CSU weiter zugespitzt. Die Unionsparteien ließen eine Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung platzen und drohten massiv damit, Gesamtschulabschlüsse in den von ihnen regierten Bundesländern künftig nicht mehr anzuerkennen.

Der Streit um die Gesamtschule war zu Beginn dieses Monats wieder entbrannt, nachdem die Bürgerschaft im SPD-regierten Hamburg durch eine Gesetzesänderung die Gesamtschule zur Regelschule im Stadtstaat erklärt hatte. Damit wurde ein zehnjähriges Versuchsstadium beendet und die Gesamtschule zum gleichberechtigten Typ neben dem herkömmlichen dreigliedrigen System aus Grundschule, Realschule und Gymnasium gemacht.

Die Unionsparteien, vor allem Strauß und seine engsten Gefolgsleute, begannen daraufhin eine wüste Kampagne gegen die SPD, der sie vorwarfen, mit einer „sozialistischen Salamitaktik" durch die schrittweise Einführung der Gesamtschule eine „bildungspolitische Systemveränderung" anzustreben. Und auf der erwähnten Sitzung der Bund-Länder-Kommission sabotierten sie die Fortschreibung des Gesamtbildungsplans von 1973. Für Tausende von Schülern kann das handgreifliche und schwerwiegende Folgen für ihre Ausbildung haben.

Bislang nämlich besteht zwischen den Ländern eine Übereinkunft, nach der gegenseitig die Gesamtschul-Zeugnisse anerkannt werden. Dieses Abkommen ist jedoch bis 1981 befristet. Wird es nicht verlängert, besteht die Möglichkeit, daß etwa ein Abiturient, der sein Reifezeugnis an einer Hamburger Gesamtschule erworben hat, in Bayern oder Baden-Württemberg nicht mehr zum Studium zugelassen wird. Und daß diese Möglichkeit nicht nur theoretisch ist, haben in der vergangenen Woche verschiedene Unionspolitiker deutlichgemacht. Sie drohten, wie etwa der Strauß-Freund Köppler, unverhohlen damit, daß unionsregierte Länder die Gesamtschulabschlüsse künftig nicht anerkennen würden.

Einmal mehr haben die Auseinandersetzungen um die Schulpolitik klargemacht, daß Strauß und seine Mannschaft die Linie der Unionsparteien bestimmen, daß sie auch in dieser Frage ihren ultrareaktionären Kurs durchgesetzt haben. Ein deutliches Beispiel dafür war der Fall des niedersächsischen CDU-Kultusministers Remmers, der sich in der Frage der Gesamtschule als zu kompromißbereit gegenüber der SPD gezeigt hatte. Remmers wurde von Strauß öffentlich angegriffen und faktisch zum Rücktritt von seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender der Bund-Länder-Kommission gezwungen. Nachrücken wird jetzt mit dem Kultusminister von Baden-Württemberg ein Gefolgsmann von Strauß.

Worum geht es den Strauß und Co. bei der von ihnen heraufbeschworenen Auseinandersetzung um die Gesamtschule? Sie wollen mit aller Macht und mit allen Mitteln das herkömmliche reaktionäre Schulsystem verteidigen. Sicher ist die Gesamtschule keine wirkliche Alternative dazu, erfüllt auch sie nicht die Erfordernisse einer wirklich demokratischen Schulpolitik. Aber wenn die Strauß und Co. die Gesamtschule als leistungsfeindlich, als gleichmacherisch usw. verleumden, wenn sie dagegen das dreigliedrige System als eines der natürlichen Auslese der Besten preisen, dann zeigt das doch, daß sie sich gegen alles stemmen, was auch nur entfernt an der Bildungsungleichheit in diesem Land, an den Privilegien der Reichen rührt.

Und sie wollen noch mehr. In den Auseinandersetzungen über die Fortschreibung des Gesamtbildungsplans präsentiert Straußens Kultusminister Maier fertig ausgearbeitete „Musterlehrpläne", die zur Grundlage für das gesamte Schulsystem in der Bundesrepublik gemacht werden sollen. Das bedeutet: Hier wird mit der harten und scharfmacherischen Haltung in der Gesamtschulfrage versucht, Druck auszuüben mit dem Ziel, Lehrpläne nach dem Geschmack des Franz Josef Strauß überall für verbindlich zu erklären. Jeder der die Politik dieses Mannes kennt, seine Gewerkschaftsfeindlichkeit, seine Liebe für faschistische Gewaltherrscher vom Schlage eines Pinochet, kann sich ausmalen, welchen Inhalt solche Lehrpläne haben würden.

Es ist die Pflicht nicht nur der Lehrer, Schüler und Eltern, sondern aller demokratisch gesinnten Menschen in unserem Land, diesen reaktionären Plänen der Strauß und Co. entgegenzutreten. Zugleich muß jedoch auch der Kampf für ein wirklich demokratisches Bildungssystem weitergeführt werden. Unsere Partei fordert in ihrem Aktionsprogramm:

Gleiche Bildungschancen für alle Kinder! Für die Ganztagsschule! Einheitlicher Schulabschluß für alle Schüler mit anschließenden Möglichkeiten des Besuchs weiterführender Schulen!

US-Panzerbataillon in die Pfalz verlegt

RAMSTEIN(PFALZ). 700 Soldaten eines amerikanischen Panzerbataillons sind in der vergangenen Woche aus Texas in die Pfalz verlegt worden. Das US-Kriegsministerium wollte mit der Aktion offenbar demonstrieren, wie schnell es zusätzliche Truppen auf Kampfposten in unserem Land bringen kann. Die Soldaten wurden erst drei Stunden vor dem Abflug alarmiert, der Transport erfolgte auch nicht in Militärmaschinen sondern in Charterflugzeugen.

Filbinger gründet reaktionäre Sammelbewegung

WEIKERSHEIM(TAUBER). Der frühere Nazi-Richter und abgehalfterte Ministerpräsident Baden-Württembergs, Filbinger, ist wieder aktiv geworden. Unter dem Namen „Studienzentrum Weikersheim e.V." gründete er eine Bewegung zur „geistig-moralischen Erneuerung".

Wenngleich Filbinger und seine Freunde kein Programm ihrer Bewegung vorlegten, konnte man den Redebeiträgen auf der Gründungsversammlung doch entnehmen, was hier erneuert werden soll. Da prangerte etwa der Rektor der Münchner Universität, Lobkowicz, die „Exzesse des Sozialstaats" an, mit denen unbedingt Schluß gemacht werden müßte. Und immer wieder wurde zum „Kampf gegen den Marxismus" aufgerufen.



Dem Vorstand des Filbingerschen Vereins gehören prominente Figuren des rechten Lagers an, unter anderem der Schleyer-Sohn Eberhard, Filbingers Amtsnachfolger Späth und der von der Bundeswehr wegen seiner extrem reaktionären Haltung geschaßte Brigadegeneral Karst. Das „Studienzentrum" versteht sich selbst als Stachel im Fleisch der Union." Insofern kann man es wohl den Bestrebungen zurechnen, die CDU auf den Kurs des Kanzlerkandidaten Strauß zu bringen.

Eine halbe Million im Obdachlosenasyl

Nach Berechnungen des DGB leben gegenwärtig 500 000 Menschen in der Bundesrepublik in Obdachlosenasylen. Die *Welt der Arbeit* nennt als einen Grund für diese alarmierende Zahl den steigenden Mietwucher.

Zitate der Woche

Der Gegenschlag Chinas gegen Vietnam ist eine Lektion, von der auch Europa lernen kann — nicht zurückweichen, sonders sich dem Aggressor in den Weg stellen. (Christian Semler, Vorsitzender der maoistischen GRF zum Überfall Chinas auf Vietnam im Frühjahr dieses Jahres)

***

Seit nunmehr sechs Wochen befindet sich der KB am Rande des Abgrunds (Arbeiterkampf vom 15. 10. 1979)

Außer bei einigen versprengten Landkommunarden wird es sich mittlerweile herumgesprochen haben, daß die romantisierende Vorstellung vom fröhlichen Landmann, der im Einklang mit der Natur die eigene Scholle bewirtschaftet, noch nie der Wahrheit entsprochen hat. Zinsknechtschaft, Pachtzinswucher und Landraub zwingen immer mehr kleinere und mittlere Bauern zur Aufgabe. Gab es 1968 noch 738 300 Höfe zwischen einem und zehn Hektar, so hat sich ihre Zahl bis 1978 auf 442 500 reduziert, während im gleichen Zeitraum die Anzahl der Höfe, die über eine Wirtschaftsfläche von 30 Hektar und mehr verfügen, von 65 300 auf 102 200 angewachsen ist.

Graf Kielmannsegg will 60 Bauernfamilien ruinieren

Bauernlegen im Großformat

„Fäuste nicht nur in der Tasche ballen!"

SEESTERMÜHE/ELBMARSCH.— Die Bauern an der Seestermüher Marsch an der Unterelbe (Schleswig-Holstein) sehen rot. Die kalte Wut hat sie gepackt. Ihre zum Jahr 1982 auslaufenden Pachtverträge sollen nicht verlängert werden. Für die meisten bedeutet das den Ruin. Der Verpächter ist das Grafengeschlecht derer von Kielmannsegg. Ein Teil der betroffenen 60 Bauernfamilien bewirtschaften und kultivieren das Land des Grafengeschlechts bereits seit mehreren Generationen, einige schon seit über 200 Jahren.

Und das unter den denkbar schwierigsten Bedingungen, denn immer wieder wurde das Land von der Elbe überschwemmt. Erst 1970 wurde ein neuer Deich aus öffentlichen Mitteln fertiggestellt; in seinem Schatten entwickelte sich fruchtbares Ackerland. Nachdem der junge Sproß der Adelsfamilie, Georg Ludwig von Kielmannsegg, den Pachtzins teilweise auf 1 500 Mark pro Hektar hochgetrieben hatte, will er ab 1982 das neu gewonnene Ackerland in großem Maßstab von Lohnarbeitern bewirtschaften lassen.

Bauernschinder seit 1641

Im Jahre 1641 bekam der Sohn des Stammvaters Friedrich Christian Kielmann den Erbadelstitel verliehen und begann in großem Maßstab, Güter in den Herzogtümern Schleswig und Holstein aufzukaufen. Gute 100 Jahre später kam das Gut Seestermühe hinzu, wo man den Bauern das mühsame Eindeichen des Bodens überließ und ihnen die Früchte ihrer harten Arbeit raubte.

Heute verfügt Georg Ludwig von Kielmannsegg über das nötige Kleingeld, um das durch den neuen Deich entstandene Ackerland, etwa 660 Hektar, rationell mit billigen Landarbeitern und teuren Maschinen zu bewirtschaften, wozu die Bauern mit ihren armseligen Mitteln nicht in der Lage sind. **Der Kapitalismus hat den Bauern aus den Fesseln der Feudalherrschaft befreit, doch die endgültige Befreiung des Bauern hat er keineswegs gebracht, denn wie im Falle Kielmannsegg steht der frühere Feudalherr ihm nun als Agrarkapitalist gegenüber, der das Land der kleinen und mittleren Bauern an sich reißt und so die bäuerliche Existenz vernichtet.**

Millionen für den Grafen

„Wer hat, dem wird gegeben", unter diesem Motto greift die Landesregierung in Kiel dem Grafengeschlecht bei seinem Feldzug gegen die Bauern kräftig unter die Arme.

- Zunächst einmal erhielt der junge Georg Ludwig für den Boden, auf dem der Deich errichtet wurde, eine runde Million Mark.
- Ferner ließ er sich für den Bodenaushub, der für den neuen Deich benötigt wurde, reichlich entschädigen. So nebenbei kam der Graf auf diese Weise in den Besitz lukrativer Fischteiche.
- Desweiteren sanierte der Staat ihm für 530 000 Mark das marode Entwässerungssystem und für 400 000 Mark wurden ihm außendeichs neue Wege gelegt.

Ein ansehnliches Startkapital, um durch den Aufbau eines entsprechenden Maschinenparks das nunmehr hochwassergeschützte Ackerland in eine Goldgrube zu verwandeln.

Der Bärendienst des Herrn Minister

Schleswig-Holsteins Landwirtschaftsminister Flessner hat das Vorgehen des Grafen scheinheilig mißbilligt. Er riet den Bauern, auf flächenunabhängige Produkte umzustellen, zu deutsch, sich auf die Schweinezucht zu konzentrieren. Doch die Schweinemast — und das weiß der Herr Minister ganz genau — ist fest in der Hand der großbäuerlichen Produktion. Der kleine, bis über beide Ohren verschuldete Bauer hätte nicht die geringste Chance auf den Markt zu kommen, zumal die gesamte Schweinemast in einer Überproduktionskrise steckt.

Ferner gab Minister Flessner den Rat, auf Grundlage des Landpachtgesetzes vor Gericht eine Verlängerung des Pachtvertrages zu erzwingen. Leider sieht das Gesetz keinen Paragraphen vor, auf den man solch ein Ansinnen stützen könnte.

Freies Landvolk, die Zeitung der *Revolutionären Landvolk-Bewegung*, schätzt die Ministerhilfe folgendermaßen ein: **„Für solche Art der unterstützung bedanken sich die Bauern bestens; und sie sehen, wenn es um die Ruinierung der bäuerlichen Landwirtschaft geht, dann kann man sich nur auf die geschlossene Kampfkraft und Solidarität der Betroffenen verlassen. Auf einer Protestversammlung brachte es ein Bauer auf den kurzen Nenner: ‚Es wird Zeit, daß wir Bauern die Fäuste nicht nur in der Tasche ballen!'"**

Die KPD/ML zur Bauernfrage

Trotz aller Veränderungen der sozialen Struktur in der Bundesrepublik und Westberlin sind die werktätigen Bauern nach wie vor der nächste und im Kampf entschlossenste Bündnispartner des Proletariatts. Indem die modernen Revisionisten und verschiedenen Opportunisten Schichten des städtischen Kleinbürgertums, vor allem die kleinbürgerliche Intelligenz, an die Stelle der Bauern setzen, versuchen sie, die Arbeiterklasse von ihrem engsten Kampfgenossen zu trennen und damit die Kräfte der sozialistischen Revolution zu schwächen.

(Programm der KPD/ML)

Die werktätige Bauernschaft wird infolge der Ausbeutung durch die Monopole, der Wucherzinsen der Banken sowie der von den Monopolinteressen bestimmten Landwirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft und der Bonner Regierung zunehmend in den Ruin getrieben. Gegen die zunehmende Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern, gegen die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Benachteiligung der Landbevölkerung fordern wir:

- **Wirksame Föderung der ländlichen Gebiete zu ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gleichstellung mit der Stadt!**
- **Schluß mit der Ruinierung der werktätigen Bauernschaft! Brechung der Zinsknechtschaft! Beschneidung des räuberischen Zwischenhandels, besonders der großen Konzerne! Gegen Bodenspekulation und Pachtzinswucher!**
- **Austritt der Bundesrepublik aus der EG!**

(Aktionsprogramm der KPD/ML)



Die Verbitterung der Einwohner in Boxbergs Stadtteil Schwabhausen über die geplante Daimler-Benz-Teststrecke drückt dieses Transparent am Ortseingang aus.

Kapital und Staat zerstören Bauernland

Großflughafen bei München/Daimler-Teststrecke in Franken

BOXHAUSEN.—Die Stuttgarter Daimler-Benz AG hat die Absicht, im baden-württembergischen Frankenland in der Nähe von Boxberg eine Hochgeschwindigkeits-Teststrecke zu bauen. Das stößt auf den erbitterten Widerstand der ansässigen Bauern aus Schwabhausen, Boxberg und Assamstadt, denn das Betonprojekt soll auf bestem Ackerland errichtet werden.

Bereits im Januar hatten sich die Bauern zu einer land- und forstwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft zusammengeschlossen mit der erklärten Absicht, ihren Landbesitz auf keinen Fall der Daimler-Benz AG zu verkaufen. Sie erklären: „Hier spielt sich keine Landwirtschaft mehr ab, wenn das Ding gebaut wird. Wir werden auch für eine Million nicht verkaufen!"

Am Sonntag, den 23. September demonstrierten die Bauern gegen das landvernichtende Daimler-Benz-Projekt. Die Fahne des *Bundschuh* (bäuerliche Kampforganisation aus der Zeit der Bauernkriege) flatterte im Wind. In historischen Gewändern aus der Zeit der Bauernkriege 1525 besetzten sie ein Teil des Gebiets, auf dem Daimler seine Teststrecke bauen will. „Im Daimler-Vorstand dampft's und kracht's; die Einigkeit des Bundschuh macht's", war auf einem der zahlreichen Transparente zu lesen.

MÜNCHEN.— Die Regierung von Oberbayern legte am 20. August einen Planfeststellungsbeschluß vor, der den Bau des Großflughafens München II im Erdinger Moos für sofort vollziehbar erklärt. Damit ist für die Bevölkerung im und um das Erdinger Moos der mittlerweile zehnjährige Kampf gegen dieses Projekt in eine entscheidende Phase getreten.

Über 4 000 Hektar Land sollen durch das Projekt verloren gehen. 640 landwirtschaftliche Betriebe sind davon betroffen. Die Mehrzahl von ihnen soll für immer von der Landkarte verschwinden, für die übrigen wird ein starker Bodenverlust die weitere Existenz in Frage stellen. Bis jetzt haben sich über 75 000 Menschen in einer Schutzgemeinschaft zusammengeschlossen, um sich gegen den geplanten Großflughafen zu wehren.

Neben den Gemeinden Eiting, Oberding, Bergheim, Schleißheim und den Städten Freising und Moosburg haben über 1 000 Einzelpersonen gegen den Planfeststellungsbeschluß geklagt. In der Vergangenheit hatten sie mit mehreren großen Demonstrationen ihre Kampfentschlossenheit unter Beweis gestellt.

Die meisten Höfe und Äcker gehören den Banken

Bauern im Würgegriff der Banken

„Wir müssen einen neuen Stall bauen, aber wir haben kein Geld. Schauen Sie, im Jahr müssen wir für 5 000 Mark Lasten zahlen, 20 Jahre lang. Selbst für die Reparaturen der Maschinen haben wir kein Geld. Es wird nicht weniger, es wird immer mehr. Im Monat bleibt nichts. Um 5 Uhr fange ich an zu arbeiten, bis 19 Uhr geht die Arbeit.

Im Sommer ist es noch länger. Da stehn wir um vier Uhr auf und arbeiten bis 21 Uhr. Wie sollen wir sparen? Alles wird teurer. Vor vier Jahren habe ich 1,70 DM pro Kilogramm Schweinefleisch bekommen, jetzt sind es 1,35 DM pro Kilogramm." Das sind die Worte einer Bäuerin aus dem bayrischen Landkreis Cham, nahe der Grenze zur CSSR. Ein anderer Bauer erzählt, daß er und seine Frau aufhören werden zu arbeiten, wenn alle Schulden bezahlt sind. Der Bauer ist 60, seine Frau 59 Jahre alt. Die Schulden werden in zehn Jahren beglichen sein.

Einem Bericht der Landwirtschaftskammer Rheinland zufolge erwirtschaften ein Viertel der rheinischen Haupterwerbsbetriebe nicht mehr als 10 000 Mark im Jahr. 21 Prozent liegen sogar unterhalb des Sozialhilfesatzes.

Um überhaupt noch wirtschaftlich Schritt halten zu können, um die notwendigsten Reparaturen durchführen zu können oder um die wichtigsten Investitionen zu tätigen, sind die kleinen und mittleren Bauern gezwungen, sich immer mehr in die Abhängigkeit der Banken zu begeben. Nach dem letzten Agrarbericht der Bundesregierung stehen einem Guthaben der westdeutschen Landwirtschaft von 7,9 Milliarden Mark ein gigantischer Gesamtschuldenberg von 35,2 Milliarden Mark gegenüber. Selbst die kurzfristig fälligen Kredite in Höhe von 9 Milliarden Mark übersteigen deutlich das Gesamtguthaben. Im übrigen muß davon ausgegangen werden, daß in dieser amtlichen Statistik auch die Agrarkapitalisten und Großbauern berücksichtigt werden, so daß das Mißverhältnis von Soll und Haben bei den kleinen und mittleren Landwirten noch erheblich krasser ausfallen dürfte.

Historikerkongreß des DGB

Angst vor der Wahrheit

Vor kurzem fand in München der sogenannte Historikerkongreß des DGB statt. Ca. 100 bürgerliche Historiker waren aufgeboten, um den Eindruck zu erwecken, die DGB-Führung sei daran interessiert, sich mit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften ehrlich und wissenschaftlich auseinanderzusetzen.

Der Kongreß stand unter dem Motto: „Aus der Geschichte lernen — die Zukunft gestalten.“ Anstoß zu der Veranstaltung hatte der Streit gegeben, den das revisionistische Buch von Deppe, Fülberth und Harrer „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung“ innerhalb des DGB ausgelöst hatte.

Der Verlauf des Kongresses bestätigte nur die alte Erfahrung, daß eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für die DGB-Führung absolut tabu ist. Die Vetter und Loderer fürchten die geschichtliche Wahrheit wie der Teufel das Weihwasser.

Sie fürchten vor allem, daß die Arbeiter sich diese Wahrheit aneignen, daß sie überhaupt die Frage stellen, welche Rolle die Vorgänger der heutigen DGB-Führer in den Klassenkämpfen in Deutschland gespielt haben. Und für diese Furcht haben sie allen Grund!

Wer war es denn, der 1914 die deutschen Arbeiter aufgerufen hat, für Gott, Kaiser und Vaterland auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges ihre Klassenbrüder zu morden und selbst gemordet zu werden? Wer hat 1918/19 Verrat an der Revolution geübt und im Verein mit der finstersten Reaktion die Rätebewegung der Arbeiter und Soldaten im Blut erstickt? An wessen Händen klebt das Blut von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und anderen Arbeiterführern?

Das sind die Ebert, Noske, Scheidemann, Legien, die rechten Führer der SPD und der Gewerkschaften, in deren Tradition heute die Vetter, Kluncker, Loderer und Adolf Schmidt stehen!

Wer hat die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften davon abgehalten, rechtzeitig gegen den Nazifaschismus zu kämpfen? Wer hat, als es fünf Minuten vor zwölf war, die Angebote der KPD zur Aktionseinheit gegen Hitlers Machtergreifung zurückgewiesen? Wer hat bis zum bitteren Ende die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse betrieben und zementiert?

Es waren die reformistischen Führer der SPD und des ADGB.

Wer hat nach 1945 den Kampf für ein neues, wahrhaft demokratisches Deutschland sabotiert und an der Wiedererrichtung der Macht des deutschen Imperialismus mitgearbeitet? Wer hat damals die Kommunisten aus den Gewerkschaften „gesäubert“, das KPD-Verbot unterstützt und später die Verabschiedung der Notstandsgesetze gebilligt?

Es waren die Vetter und Co. und ihre Amtsvorgänger!

Weder mit Lügen noch mit Geschichtsklitterung lassen sich diese Tatsachen aus der Welt schaffen. Und deshalb haben die DGB-Führer so große Furcht davor, daß sich der einfache Arbeiter, der aktive und fortschrittliche DGB-Funktionär an der Basis mit der Geschichte der Gewerkschaften und der deutschen Arbeiterbewegung auseinandersetzt.

Diese Blöße sollte der „Historikerkongreß“ verdecken. Er konnte es aber nicht. Auch wenn man sich nach einigem Widerstand nötigen ließ, den DKP-Mann Frank Deppe mit einzuladen. Deppe hielt sich an die Spielregeln: Beschönigung des Arbeiterverrats und Verkleisterung der Wahrheit. Schließlich und endlich wurde der DKP auf dem Kongreß von ÖTV-Chef Kluncker einmal mehr ausdrücklich bestätigt, für sie sei — im Gegensatz zu den „K-Gruppen“ und „Chaoten“ — durchaus Platz im DGB. Für dieses Linsengericht verzichten die Revisionisten sogar noch auf ihre ohnehin schon versöhnlerische und abgeschwächte Kritik an der Verräterrolle der rechten sozialdemokratischen Führer.

Auf dem Kongreß wurde in hochgestochenem Soziologen-Chinesisch referiert und diskutiert, wurde pharisäerhaft zugegeben (auch von Vetter): „Fehler und Versäumnisse“ habe es „bei unseren Vorgängern“ natürlich auch gegeben. Es wurde unverbindlich akademisch gestritten. Alles wurde schön in einer pluralistischen Einerseits-Andererseits-Philosophie verwurstelt.

Ein zynischer Reaktionär wie Professor Herrmann Weber konnte die ebenso haltlose wie unverfrorene Lüge auftischen, gerade die KPD sei es gewesen, die zum Erstarken des Faschismus beigetragen hätte. Am Ende waren sich dann alle Teilnehmer „irgendwie“ einig, darüber nämlich, daß die Einheitsgewerkschaft eine tragende Säule „unserer Demokratie“ sei.

Als Ergänzung zur „hochwissenschaftlichen“ Konferenz der „Experten“ fand ein „Round-Table-Gespräch“ mit 70 Gründungsmitgliedern des DGB über die „Rolle der Gewerkschaften in Staat und Gesellschaft“ statt. Dabei wurde es bisweilen ein wenig interessanter. So als der Bergbau-Veteran Karl van Berk darüber berichtete, wie er mit anderen ADGB-Funktionären am 20. Juli 1932 vergebens auf Anweisungen der ADGB-Führung zur Organisierung von Kampfmaßnahmen gegen die Auflösung des Parlaments durch Reichskanzler von Papen gewartet habe. Van Berk: *„Die Strategie hieß: erstens Rathaus besetzen; zweitens Kontakt mit der Polizei aufnehmen; drittens in den Betrieben den Generalstreik ausrufen. Wir waren fest entschlossen. Wir haben bis morgens um fünf gewartet, und die Anweisung kam nicht. Ich habe alte Funktionäre weinen sehen, die sagten: Jetzt haben wir die letzte Chance verpaßt.“*

Scheinheilig tönten die DGB-Führer vom Lernen aus der Geschichte. Vetter betonte, der „Dialog mit der Jugend“ müsse geführt werden. Was meint er denn damit? Das Verbot der Broschüre seiner eigenen Jugendabteilung zum Antikriegstag vielleicht, weil darin die Hintergründe und Drahtzieher von Faschismus und Krieg aufgezeigt werden? Den Kampf gegen Strauß abwiegeln und die Wahrheit über diesen Vertreter der äußersten Reaktion vertuschen? Das niederträchtige Lügenmärchen verbreiten, Stalin und die Sowjetunion hätten den zweiten Weltkrieg mit heraufbeschworen?

Auf eine solche Art von Dialog pfeift die Gewerkschaftsjugend. Vetter mußte das am 1. September in der Dortmunder Westfalenhalle selbst erfahren.



Zum „Dialog mit der Jugend“ rief DGB-Chef Vetter scheinheilig auf dem Historikerkongreß in München auf. Derselbe Vetter aber sorgte dafür, daß eine Broschüre der DGB-Jugendabteilung über die Hintergründe von Faschismus und Krieg nicht gedruckt werden konnte. Auf der Antikriegsveranstaltung am 1. September in der Dortmunder Westfalenhalle wurde der DGB-Chef von der Gewerkschaftsjugend ausgepfiffen.

GdP-Kongreß in Hannover

Polizeigewerkschaft progressiv?

Schirrmachers Augenwischerei

HANNOVER — Die Polizeigewerkschaft hielt in Hannover vom 17. bis 19. Oktober ihren 16. Ordentlichen Delegiertenkongreß ab. Es war der erste GdP-Kongreß seit der Eingliederung des Polizistenverbandes in den DGB.

GdP-Vorsitzender Schirrmacher legte auf dem Kongreß viel Wert darauf, sich progressiv, demokratisch und freiheitlich zu profilieren. Er kehrte demonstrativ eine „Anti-Polizeistaat-Gesinnung“ hervor. Auch versuchte der Kongreß krampfhaft, den Eindruck zu erwecken, daß der Polizist ein „Arbeitnehmer wie jeder andere auch“ sei.

Aber das ist er nicht. Er kann es in einem kapitalistischen, auf die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse gerichteten Staat, auch niemals sein. Sicherlich mag es hier und da einzelne Polizisten geben, die integre und anständige Menschen sind. Das ändert aber nichts an der objektiven Funktion der Polizei, an ihrem volksfeindlichen Charakter als Kettenhund der Ausbeuter und als Speerspitze von Reaktion und Faschismus.

Daß der Kongreß sich gegen die Ausrüstung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten ausgesprochen hat, daß er Appelle an die Bonner Politiker richtete, die Polizei nicht als Bürgerkriegstruppe zu „mißbrauchen“ — gut und schön, aber dies kann den Graben nicht überbrücken, der zwischen der GdP und der Arbeiterklasse besteht.

Eine Polizeigewerkschaft bleibt eine reaktionäre Institution, es sei denn, sie bezöge einen radikal gegen den herrschenden kapitalistischen Staat und gegen die bestehende Polizei gerichteten revolutionären Standpunkt. Eine solche Organisation jedoch könnte nicht legal existieren.

Es ist reine Augenwischerei, wenn Schirrmacher an die Bonner Politiker appelliert, sie sollten sich doch bemühen, „ihre Entscheidungen dem Bürger plausibel zu machen“, damit nicht der Polizeiknüppel als Mittel der Überzeugung herhalten müssen. Wie soll denn eine kapitalistische, reaktionäre, gegen das Volk gerichtete Politik diesem plausibel gemacht werden können?

Es ist ganz klar, daß sich die Klassenwidersprüche weiter verschärfen und daß die Arbeiter und anderen Werktätigen sich zunehmend zum Kampf für ihre Rechte erheben werden. Und es ist auch klar, daß die Bourgeoisie sich der Polizei immer offener zur gewaltsamen Niederschlagung der Kämpfe der Werktätigen bedienen wird. Die GdP versucht, über diese Tendenz hinwegzutäuschen. Sie führt keinen Kampf, um die Polizei als Unterdrückerwerkzeug der Bourgeoisie zu zersetzen.

Die Zersetzung der Polizei als Unterdrückungsinstrument war auch keineswegs der Zweck der Eingliederung der GdP in den DGB. Im Gegenteil. Den DGB-Bonzen geht es einzig und allein darum, bei den Arbeitern über den Charakter der bundesdeutschen Polizei Illusionen zu züchten und die instinktive Feindseligkeit im werktätigen Volk gegen sie abzubauen. Genau auf diese Wirkung zielte auch Schirrmachers Regie beim GdP-Kongreß in Hannover.

Gekündigt wegen Bildungsurlaub

BREMEN. — Ein jugoslawischer Arbeiter in einer Seefisch-Großhandlung in Bremerhaven wollte mit 16 anderen ausländischen Kollegen zusammen an einem Kurs „Arbeit und Leben“ teilnehmen.

Er stellte einen Antrag auf Bildungsurlaub. Dieser wurde bewilligt. Zwei Stunden später jedoch hielt er seine Kündigung in Händen. Auf den Protest der Gewerkschaft hin brachte die Geschäftsleitung eine fadenscheinige Begründung: Die Geschäfte gingen schlecht. Inzwischen ist der gesamte Kurs geplatzt. Die anderen Teilnehmer zogen auf die Nachricht von der Kündigung ihres Kollegen hin ihre Anträge auf Bildungsurlaub zurück, aus Angst, daß es ihnen genauso ergehen könnte.

Streik gegen DGB-Zentrale?

FRANKFURT. — Droht im Frankfurter DGB-Haus in der Wilhelm-Leuschner-Straße ein Streik?

Es geht um Lohnverhandlungen. Die DGB-Zentrale bietet lächerliche 4,65 Prozent mehr Gehalt. Der Betriebsrat, der 9 Prozent fordert, lehnte empört ab. Der Landesbezirk Hessen des DGB hat an die DGB-Zentrale in Düsseldorf ein Protesttelegramm geschickt. Darin heißt es unter anderem, wenn die DGB-Führung ihre Haltung nicht ändere, seien „Mitarbeiterbesprechungen während der Arbeitszeit“ nicht ausgeschlossen.

Streik im Rechenzentrum

VÖLKLINGEN. — Am 10. und 11. Oktober streikten im Rechenzentrum Völklingen 25 Datentypistinnen.

Ihre Forderungen: eine tarifliche Höhergruppierung sowie die sofortige Beseitigung eines Überwachungsgerätes, das der Betriebsleitung die totale Überwachung der Beschäftigten ermöglicht. Den streikenden Kolleginnen wurde von der Personalabteilung mehrfach mit fristloser Entlassung gedroht.

VW rechnet mit Absatzrückgang

WOLFSBURG. — Laut VW-Vorstandsvorsitzendem Schmücker geht der VW-Konzern davon aus, daß 1980 und '81 das Inlandgeschäft, was die Neuzulassungen betrifft, um jeweils 10 Prozent beziehungsweise um rund 85 000 Fahrzeuge zurückgehen wird.

Schmücker erklärte, das Unternehmen hoffe jedoch, einen Teil des Rückganges durch steigende Exporte ausgleichen zu können. Der Konzernchef kündigte an, daß man, gestützt auf die Milliardenprofite, die VW in den letzten Jahren aufhäufen konnte, insbesondere in den Inlandsbetrieben des Konzerns massive Rationalisierungsmaßnahmen durchführen will.

Nach einer Bilanzanalyse der Deutschen Bank wird VW im laufenden Jahr seinen Gewinn gegenüber dem Rekordjahr 1978 noch einmal um 12 Prozent steigern. Schmücker deutete an, daß die Steigerung sogar noch höher ausfallen könnte.

10 Jahre Septemberstreiks '69 (letzte Folge)

Als in den ersten Septembertagen zunächst an den Hochöfen der Stahlstädte an der Ruhr das „Streikfieber" grassierte, da wurde es den Herren in den Palästen der Ruhrkohle AG flau im Magen. Sie und ihre Freunde in der IG-Bergbau-Zentrale in Bochum ahnten Böses. Man fürchtete, die Männer in den Gruben und Schächten könnten von dem gefährlichen Virus angesteckt werden. Die Herren hatten für ihre Befürchtungen Grund genug...

Mutiger Kampf der Dortmunder Bergarbeiter



Von Eving im Norden Dortmunds ziehen 2000 Kumpels ins Stadtzentrum vor das Gewerkschaftshaus.

Nicht nur an den Hochöfen, auch unten in der immerwährenden Nacht der Stollen und Schächte, wo der Kumpel in gefahrvoller, harter Arbeit die Kohle bricht und zutage fördert, gärte es schon seit Monaten. Und die feinen Herren über Tage, in ihren lichten, komfortablen Chefetagen aus Glas und Stahl, wußten dies. Sie wußten es von ihren Sozialpartnern im Apparat der IG Bergbau und Energie. In der Bochumer IGBE-Zentrale machte man sich ernste Sorgen um die Gefährdung des sozialen Friedens.

Zuviel hatten die Zechenherren und die IGBE-Bonzen dem Bergmann an der Ruhr in den vergangenen Jahren auf den Buckel geworfen. Hunderttausenden durch die Zechenstillegungen den Arbeitsplatz geraubt. Die „Glücklichen", die sich unter Tage weiterschinden durften, immer stärker angetrieben, zu Weltrekord-Förderleistungen gepeitscht. Dann die niedrigen Tariferhöhungen, die größtenteils durch den Abbau der Gedinge auf kaltem Wege wieder gelöscht wurden. Ja, es gärte!

Die Zechenherren und der Hauptvorstand der IG Bergbau entschlossen sich, zu handeln, bevor es zu spät war. Obwohl der Tarifvertrag erst zum 31. Dezember auslief, beschloß man, vorgezogene Tarifverhandlungen aufzunehmen. Als Termin wurde der 11. September festgelegt. Jedoch kam ihnen der Bergmann an der Saar zuvor! Am 6. September begann der Streik der Saarbergleute, der sich innerhalb von zwei Tagen auf alle Zechen im Saarland ausdehnte. Jetzt wurde den Herren in den Chefetagen der Boden unter den Füßen heiß. Die Tarifverhandlungen sollten nun schon am 9. September beginnen. An eben diesem 9. aber, einem Dienstag, traten frühmorgens auch in Dortmund Bergarbeiter in den Streik.

Es begann in der Hauptwerkstatt

Den Anfang machen die Kumpels in der Hauptwerkstatt der Schachtanlage *Fürst Hardenberg*. Sie werfen die Brocken hin und die Belegschaft der Zeche schließt sich an. Es wird ein Demonstrationszug organisiert, der zur Zeche *Minister Stein* (die mit *Fürst Hardenberg* verbunden ist) führt. Die Belegschaft von *Minister Stein* schließt sich dem Streik an. Auf den beiden Zechen reihen sich dann auch die 14-Uhr-Schicht und die 18-Uhr-Schicht in die Streikfront ein. Insgesamt streiken an diesem Tag in Dortmund 4500 Bergarbeiter. Die Streikenden haben den Vorplatz vor den Toren von *Minister Stein* zum Ort einer ständigen Streikversammlung erwählt.

Der Kampf begann ganz und gar als spontaner Ausbruch. Die Ruhrgebietszeitung *Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ)* konstatierte am 11. September *„eine unterschwellige, jahrelang angestaute Verbitterung"* bei den Ruhrbergleuten. Diese Verbitterung aber richtet sich nicht nur gegen die Zechenherren, sondern genauso auch gegen die Gewerkschaftsbonzen.

Die DKP spricht bei ihren Streikanalysen in diesem Zusammenhang immer von „gewerkschaftsfeindlichen Stimmungen", denen die Kommunisten (gemeint sind die DKP-Mitglieder) entschlossen entgegengetreten seien. Aber diese Bewertung durch die DKP stellt die Dinge auf den Kopf. Gerade im Bergbau ist der Haß der Kumpels auf die Bonzen nur zu berechtigt.

„Glück auf, Glück auf, — wir werden verkauft!"

Mit 120 Aufsichtsratsposten in der Einheitsgesellschaft Ruhrkohle AG, mit Direktorengehältern, mit allerlei anderen offenen und versteckten Privilegien haben die Energiekapitalisten sich die IGBE-Bonzen gekauft. Kein Gewerkschaftsapparat im ganzen DGB ist so korrupt und arbeiterfeindlich wie der der IG Bergbau und Energie. Seit 1966 haben die IGBE-Bonzen dafür gesorgt, daß die Kumpels faktisch keine Lohnsteigerung mehr verzeichnen konnten. Und die Vernichtung eines Großteils der Arbeitsplätze im deutschen Steinkohlenbergbau war nur durch die Hilfe der IGBE-Bonzen möglich. Innergewerkschaftlich haben die Mitglieder nichts zu melden. Es herrscht die nackte Diktatur der Bonzen. Nicht einmal gewählte Vertrauensleute gibt es. Sie werden von den Bonzen eingesetzt.

Es ist für die Situation in der IG Bergbau und Energie bezeichnend, daß bei der Auslösung und Organisierung des Streiks im Ruhrbergbau, anders als in der Stahl- oder Metallindustrie, weder Vertrauensleute, noch Betriebsräte, noch sonstige gewerkschaftliche Gremien eine Rolle spielten. Dieser Umstand erwies sich für die streikenden Kumpels gleichzeitig als Stärke und als Schwäche. Die Elemente einer selbständigen und spontan revolutionären Kampfführung waren bei ihnen am stärksten ausgeprägt. Auf der anderen Seite fehlten ihnen aber im entscheidenden Moment kampferfahrene und entschlossene Streikführer.

Mittwoch, zweiter Streiktag. Morgens versammeln sich vor *Minister Stein* 3000 streikende Kumpels. Sie beschließen spontan, daß ein Teil von ihnen in die Dortmunder Innenstadt zum Gewerkschaftshaus marschieren soll. Rund 2000 Kumpels machen sich auf den Weg, vom am nördlichen Stadtrand liegenden Stadtteil Eving in die City.

Warum wählen die Bergleute das Gewerkschaftshaus als Ziel ihrer Demonstration? Ein Grund sicher, daß man Auskunft über die Tarifverhandlungen fordern will. Die Bonzen haben nicht einmal bekanntgegeben, ob und welche Forderung sie aufgestellt haben. Aber darin erschöpft sich das Motiv der Kumpels nicht. Mehr oder weniger bewußt will man die Bonzen endlich einmal zur Rechenschaft ziehen und ihnen eine gehörige Lektion erteilen. So ziehen die Streikenden in Richtung Stadtzentrum und rufen dabei:

„Glück auf, Glück auf, — wir werden verkauft!" — „Was sind unsere Vertreter? — Arbeiterverräter!"

Auf Transparenten fordern sie: *„1000 Mark Netto-Lohn und vier Wochen Urlaub."*

Zu dieser Forderung muß angemerkt werden, daß der durchschnittliche Hauerlohn zum damaligen Zeitpunkt im Ruhrbergbau zwischen 600 und 700 Mark netto lag!

Vor dem Gewerkschaftshaus kommt es zu tumultartigen Szenen. Der Bezirksvorsitzende der IG Bergbau und Energie, Franz Neumann (er ist gleichzeitig Landtagsabgeordneter der SPD), provoziert die Bergleute durch seine maßlose Arroganz. Auf die Frage, welche Forderung der Hauptvorstand für die Tarifverhandlungen aufgestellt habe, entgegnet er: *„Ich weiß es, aber ich sage es euch nicht."*

Neumann hätte fast Prügel bezogen. Rufe ertönen: *„Arbeiterverräter, Schieber!"* Sprechchöre fordern: *„Neumann weg!"* An diesem 3. September wird abends noch der Tarifabschluß für den Ruhrbergbau bekanntgegeben. Die Bosse und Bonzen hatten es so eilig wie noch nie! Was war bei den Verhandlungen herausgekommen?

3,50 Mark mehr pro Mann und Schicht ab 1. September 1969; Erhöhung des Mindesturlaubs auf 20 Tage; die Arbeitskleidung der Bergleute wird künftig von den Zechen gestellt und gereinigt.

Die streikenden Bergarbeiter reagieren auf den Abschluß mit Hohn und dem Entschluß weiterzustreiken. Die IGBE-Bonzen jedoch verbreiten dreist das Märchen, der Abschluß sei bei den Kumpels auf begeisterte Zustimmung gestoßen. Auf diese Lüge reagieren die Streikenden prompt. Sie verbrennen die entsprechenden Flugblätter der Gewerkschaftsbonzen.

An diesem Abend sollte es eine noch schlagendere Widerlegung der Lügen der Gewerkschaftsführung geben: In drei weiteren Zechen Dortmunds schließen die Belegschaften sich dem Streik an. Auf *Germania* und *Zollern I* (zwei miteinander verbundene Zechen) und auf *Hansa*. Damit hat sich die Zahl der Streikenden mehr als verdoppelt. Knapp zehntausend Bergarbeiter stehen nun in Dortmund im Streik.

Erpressung

Donnerstag, 11. September, dritter Streiktag. Am Morgen marschieren die Streikenden von *Zollern I* und *Germania* nach Dortmund-Huckarde zur Zeche *Hansa*. Von dort aus marschieren die Kumpels aller drei Zechen nach Dortmund-Eving zu *Minister Stein*. Das ist eine Wegstrecke von etwa zwei Stunden. Auf ihrem Marsch organisieren die Kumpels durch Zuruf Streikleitungen für die drei Zechen. Vor *Minister Stein*, auf dem Versammlungsplatz, wird dann eine 18 Mann starke Gesamtstreikleitung gewählt. Es sind alles Bergarbeiter, die erst im Laufe des Streiks hervorgetreten sind. Aus dem 18köpfigen Streikkomitee wird ein fünf Mann starker „Hauptausschuß" und als dessen Sprecher der parteilose Bergarbeiter Fred Olschewsky gewählt.

Jetzt vereinheitlichen die Streikenden ihre Forderungen: *Garantierter Nettolohn von mindestens 1000 Mark. Schichtzulage von 6 Mark, 28 Tage Urlaub, 150 Mark Wohnungsgeld. Bezahlung der Streikschichten.*

Am Nachmittag fährt der Fünferausschuß nach Bochum, um mit dem Hauptvorstand der IG Bergbau zu verhandeln. Die Gewerkschaftsführung jedoch erklärt folgendes:

„Wir machen uns nicht lächerlich, wer weiterstreikt, stellt seine Mitgliedschaft in Frage. Wir verhandeln nur mit gewerkschaftlichen Organen und lehnen jede weitere Verhandlung mit euch ab."

Dann drohen die IGBE-Führer, die zusammen mit den Zechenherren paritätisch die Krankenversicherung der Bergleute, die Knappschaft, verwalten: *„Es soll kein Bergmann, keine Frau, kein Kind mehr behandelt werden, wenn die Arbeit nicht aufgenommen wird. Wir tragen die Verantwortung nicht. Wenn ihr sie tragen könnt, dann ist das eure Sache."*

Den Streikführern, denen es an Kampferfahrung und Übersicht mangelt, ist diese niederträchtige Erpressung in die Glieder gefahren.

„2000 Querulanten"

Unterdessen herrscht in Dortmund bei den Streikenden eine kämpferische Stimmung. Zum Versammlungsplatz sind viele Bergmannsfrauen, teilweise mit ihren Kindern, gekommen. Sie wollen ihren Männern den Rücken stärken. *„Laßt euch nicht wieder weichmachen!"* mahnen sie. Eine sagt zu ihrem Mann: *„Du fährst nicht wieder ein, solange ich noch ein bißchen Geld auf der Bank habe!"*

Wie sich später herausstellt, ist bei den Streikversammlungen ständig politische Polizei anwesend. Sie soll vor allem aktive Kumpels, die sich im Streik hervortun, für die Karteien der Schützer „unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates" registrieren.

Die versammelten Kumpels hören auch die Nachrichtensendung des Rundfunks ab. Sie müssen feststellen, daß auch der Rundfunk gegen sie eingesetzt wird. Immer wieder kommen Lügenmeldungen von einem angeblichen Abbröckeln der Streikfront, von Belegschaften, die angeblich wieder eingefahren sind usw.

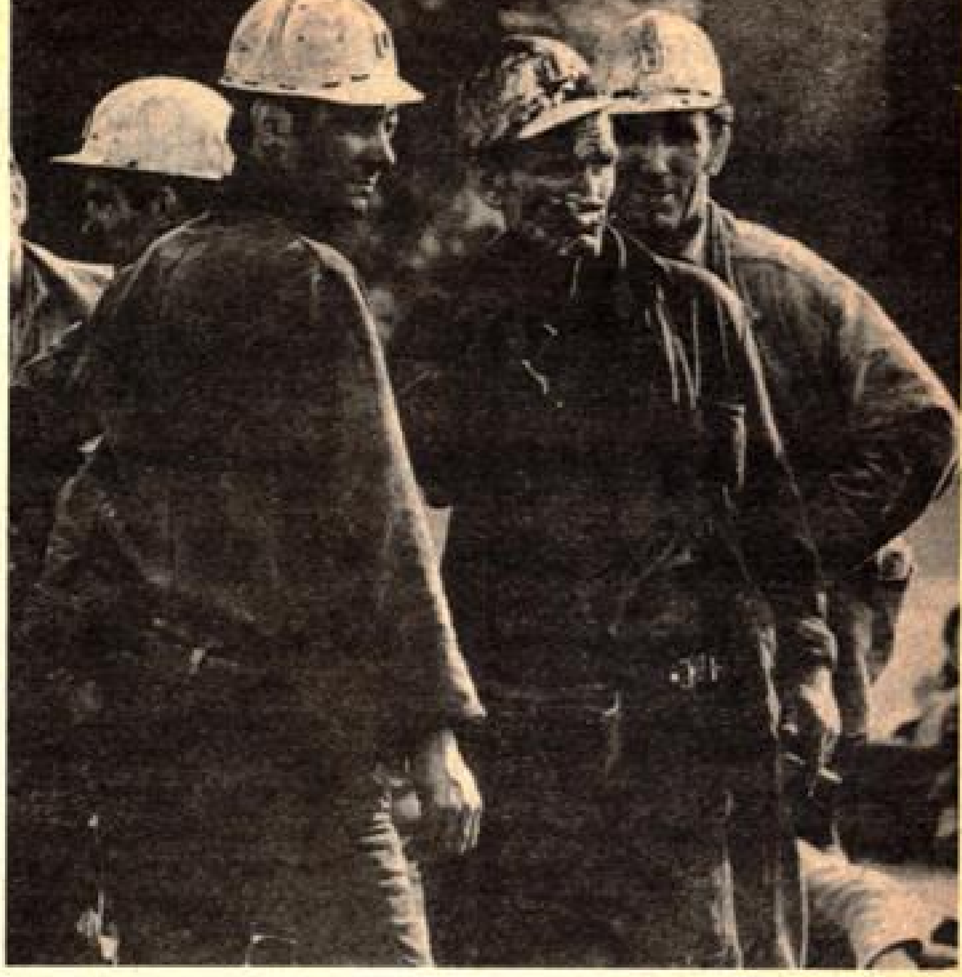
Durch den Rundfunk erfahren die Kumpels auch, was ihr Gewerkschaftsvorsitzender Walter Arendt (der übrigens wenige Monate später Bundesarbeitsminister in Bonn wird) in der Öffentlichkeit über sie verbreitet: In Dortmund hätten *„2000 Querulanten"* demonstriert; die Streikenden seien *„Störenfriede"*. Noch mehr solcher Unverschämtheiten läßt der saubere „Arbeitnehmervertreter" vom Stapel. Das hat auf einer Seite auch sein Gutes: Der Klassenhaß gegen die gekauften Handlanger der Energiekonzerne hat sich in jenen Tagen noch tiefer in das Hirn des Bergmannes gegraben.

Am Abend kehren — sehr betroffen über die zynische Haltung der IG-Berbau-Führung — die Kollegen des Fünferausschusses zurück. Die Streikversammlung nimmt ihren Bericht empört und mit Pfuirufen entgegen. Das Streikkomitee erklärt: Angesichts der gegebenen Lage legen wir unser Mandat nieder. Dies ist ein falscher Entschluß, der aus Ratlosigkeit und einer gewissen Resignation entsprang. Der Rücktritt der Streikleitung untergräbt die bis dahin entschlossene und selbstbewußte Haltung der Streikenden, auch wenn sich noch zahlreiche Bergarbeiter zu Wort melden und zur Weiterführung des Streiks aufrufen.

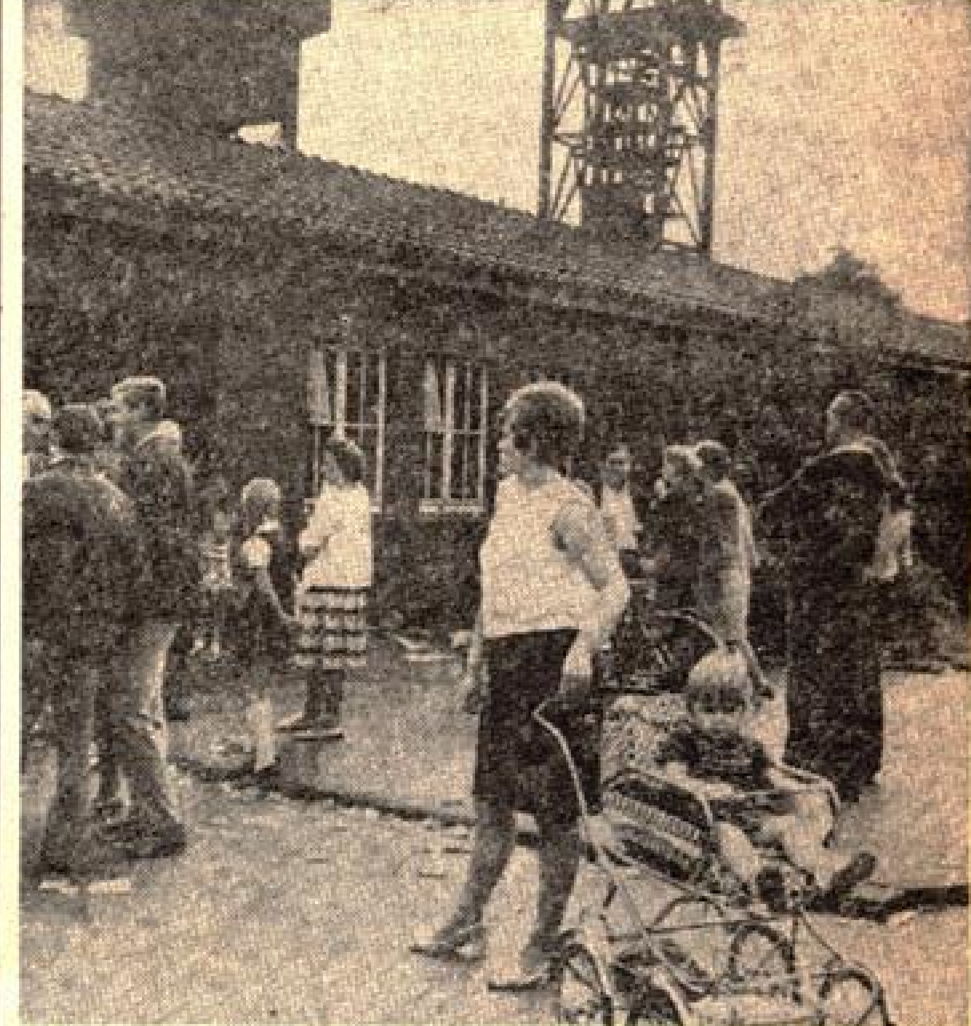
Revolutionäre Führung fehlte

Die ganze Nacht über stehen auf dem Zechengelände von *Minister Stein* wütende und verbitterte Bergarbeiter in Gruppen und diskutieren heftig. Der Wille zum Kampf ist doch vorhanden, aber es fehlt die Führung, es fehlt die Organisation, die den Arbeitern den Rücken stärkt. So bricht am Freitagmorgen die Streikfront zusammen. Die Kumpel fahren verbittert wieder ein.

Sie haben einen mutigen Kampf geführt. Ihre Forderungen waren kühn, gingen über den gewöhnlichen Rahmen hinaus. Zwar endete der Streik mit einer Niederlage, aber es ist eine jener Niederlagen, die der Arbeiterbewegung dennoch einen starken Impuls geben und aus denen sie ihre Lehren zieht. Es war der erste große spontane Streik der Ruhrbergleute seit der Gründung der Bundesrepublik. Er wurde zum Anstoß für die Entwicklung einer revolutionären Opposition in der IG-Bergbau und Energie. Erst neun Jahre später, im Herbst vergangenen Jahres, schuf diese Opposition sich einen festen organisatorischen Rahmen: durch die Gründung der RGO-Ruhrbergbau. Sie gilt es stark zu machen, denn es werden neue Tage des Kampfes kommen. Dann müssen die Kumpels besser gerüstet sein.



Bergleute der Zeche „Fürst Hardenberg". Von der Hauptwerkstatt dieser Zeche aus nahm der Streik von 10000 Dortmunder Bergarbeitern seinen Anfang.



„Laßt Euch nicht weichmachen!" Dortmunder Bergmannsfrauen sind vor die Zechentore gekommen, um ihren streikenden Männern den Rücken zu stärken.

Die Lüge von der Bauernhatz

Die Kollektivierung der Landwirtschaft

Sicherheit, Brot und Wohlstand für die Völker der Sowjetunion

Im zweiten Artikel dieser Reihe, die sich mit Fragen der Politik der Sowjetunion befaßt, beschäftigen wir uns mit der Kollektivierung der Landwirtschaft. Diese war eines der größten geschichtlichen Ereignisse unseres Jahrhunderts. Dementsprechend war das Echo in den Propagandamedien der Kapitalisten.



In diesem Jahr jährt sich zum einhundertsten Mal der Geburtstag Josef Stalins. Stalin war mehr als ein halbes Jahrhundert lang ein großer kommunistischer Führer, ein Kämpfer an der vordersten Front der Partei der Bolschewiki und der internationalen kommunistischen Bewegung, war Lehrer, Führer und Inspirator des Kampfes des revolutionären Proletariats der ganzen Welt. Anläßlich des einhundertsten Geburtstages haben zahlreiche marxistisch-leninistische Organisationen und Parteien — darunter die KPD/ML — das Jahr 1979 zum Stalin-Jahr erklärt. Sie nehmen das Jahr zum Anlaß, um Stalin und sein Werk zu würdigen und gegen die verschiedenen bürgerlichen und revisionistischen Angriffe zu verteidigen (Text der Erklärung: „Roter Morgen" Nr. 31/79). Der „Rote Morgen" befaßt sich in einer Reihe von Artikeln mit Stalin und seiner Politik.

Anfang der dreißiger Jahre kam, nach einigen Jahren, wo es verhältnismäßig ruhig gewesen war, die amerikanisch-englische Propagandamaschine gegen die Sowjetunion voll ins laufen. In Rußland, so konnte man in der Presse New Yorks, Londons und Berlins lesen, da verhungern die Bauern zu Tausenden, wie die Fliegen sterben sie dahin. Ihnen wird alles genommen. Wer nicht in die Kolchose will, wird ermordet oder vertrieben, seine Frau zum Gemeineigentum der Kommunisten erklärt. Das waren noch die mildesten Geschichten, die jeden Tag erzählt wurden. Was ist daran wahr? Worauf beruhen solche Geschichten? Natürlich ist daran gar nichts wahr. Das alles sind reine Erfindungen, um die eigene mißliche Lage zu verstecken.

Zur selben Zeit, als im großen Sowjetland Zehntausende von Traktoren die riesigen Felder zu bearbeiten beginnen, eine Rekordernte nach der anderen eingeholt wird, zur selben Zeit wird in Frankreich die Anbaufläche für die Landwirtschaft um acht Prozent gekürzt, wird in Brasilien der Kaffee ins Meer versenkt, wird in den USA Getreide verfeuert. Niemals hat ein Land mehr Getreide produziert, als die Sowjetunion nach der Kollektivierung, nirgends gab es mehr Brot.

Aber es gab durchaus Leute, die dagegen waren. Es gab Leute, die ein kapitalistisches System wollten, weil sie auch am Hunger des Volkes verdienen wollten. Das waren die Großbauern, die Kulaken. Sie waren zu Beginn der dreißiger Jahre die letzte große Ausbeuterklasse in der Sowjetunion, die letzte gesellschaftliche Schicht, die von der Arbeit anderer Menschen lebte.

Die Großgrundbesitzer, die Adligen, jene 27 000 Menschen, die mehr als 1,7 Millionen Quadratkilometer Land besessen hatten, waren bereits 1918 enteignet worden, sie waren geschlagen, ihre Reichtümer waren dem Volk zugeflossen, das sie erarbeitet hatte.

Aber die Kulaken waren noch da. Ihnen gegenüber war eine Politik der Beschränkung gemacht worden, Auflagen durch Steuern und Arbeitsgesetze hatten ihre Zahl allmählich vermindert, ihre Macht und ihren Wirkungskreis beschränkt.

1928 gab es in der Sowjetunion auf dem Lande 4,4 Millionen Mitglieder in kollektivierten Landwirtschaften, aber 5,8 Millionen Großbauern und 111 Millionen Einzelbauern.

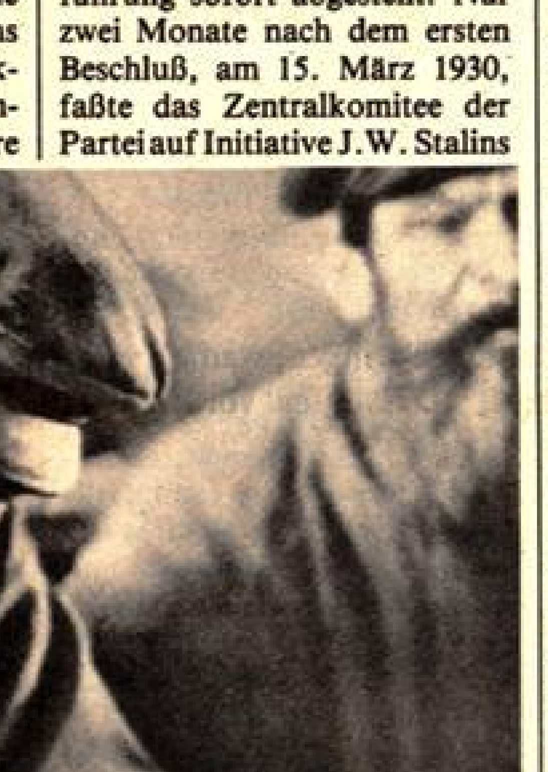
Stalin, das bestreitet niemand, war der Architekt dieses einzigartigen Plans. Und er konnte bereits das Jahr 1929 als „Das Jahr des großen Umschwungs" bezeichnen. Jetzt gab es statt viereinhalb Millionen Genossenschaftler schon dreißig Millionen, jetzt produzierten die Genossenschaften genügend Getreide, um nicht mehr auf die Kulakenproduktion angewiesen zu sein. Jetzt hatten die Bauern selbst die Vorteile der Großwirtschaft gesehen und strömten zu Millionen in die Genossenschaften. Dort gab es genügend Arbeitskräfte, dort gab es immer mehr Traktoren, große Felder, wissenschaftliche Anbaumethoden, dort gab es Kultur, dort war man Mensch.

In der Buchreihe „Das Sowjetland" sagt ein Bauer über die damalige Zeit: „Lenin hatte uns die Freiheit gebracht, er hatte den Adligen die Peitsche weggenommen, mit der sie uns schlugen. Stalin gab uns Traktoren, Stalin schickte uns Lehrer, er nahm den Kulaken ihre

Stalin kritisiert die Übereifrigen

Die Erfolge unserer kollektivwirtschaftlichen Politik erklären sich unter anderem daraus, daß diese Politik auf der *Freiwilligkeit* in der kollektivwirtschaftlichen Bewegung und auf der *Berücksichtigung der Mannigfaltigkeit der Bedingungen* in den verschiedenen Gebieten der UdSSR beruht. Man kann nicht mit Gewalt Kollektivwirtschaften schaffen. Das wäre dumm und reaktionär. Die kollektivwirtschaftliche Bewegung muß sich auf die aktive Unterstützung der Hauptmassen der Bauernschaft stützen. Man darf nicht Musterbeispiele des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus aus den entwickelten Gebieten mechanisch auf unentwickelte Gebiete übertragen. Das wäre dumm und reaktionär. Eine solche „Politik" würde die Idee der Kollektivierung mit einem Schlage diskreditieren. Man muß bei der Bestimmung des Tempos und der Methoden des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus sorgfältig die Mannigfaltigkeit der Bedingungen in den verschiedenen Gebieten der UdSSR berücksichtigen.

(Stalin, Vor Erfolgen von Schwindel befallen)



Der russische Bauer lernt lesen. Im Jahre 1937 war das Analphabetentum auch auf dem Land beseitigt. Der Bau von 18 778 Schulen seit 1933, die Ausbildung einer viertel Million Lehrer — das waren Bestandteile des zweiten Fünfjahrplans, die das Gesicht der Bauernschaft in der Sowjetunion völlig veränderten.

Das Jahr des großen Umschwungs

1929 war das Jahr, in dem den Reichen dieser Welt das Lachen verging. Die bolschewistische Partei hatte eine in der Geschichte der Menschheit nie zuvor gekannte Initiative beschlossen: den Fünfjahrplan zur Entwicklung des Landes. Die kapitalistische Welt wollte sich vor Lachen biegen, als die sowjetischen Arbeiter ihren Plan unter der Leitung ihrer Partei schmiedeten: „In fünf Jahren wollen sie das ganze Gesicht des Landes ändern, aber das schaffen sie in hundert Jahren nicht." Das war der Tenor aller Kommentare.

Aber das Sowjetvolk ließ sich nicht beirren. Gewaltige Industriewerke wurden errichtet und eine riesige Kampagne zur Bildung von Genossenschaften in der Landwirtschaft geschaffen.

Macht, mit der sie uns aussaugten."

Am 5. Januar 1930 faßte das Zentralkomitee der KPdSU(B) den historischen Beschluß „Über die Beschleunigung der Kollektivierung". Darin wurde genau festgelegt, in welcher Art kollektiviert werden sollte, unterschiedlich nach Art der Landwirtschaft und nach Gebiet, darin wurde die Form des Artels, wo die wichtigsten Produktionsmittel Gemeineigentum sind, als die allgemeine Form der Vergesellschaftung vorgeschrieben. Dies war das erste Mal in der Geschichte der Menschheit, daß ein Staat das Volk zu einer Revolution aufrief, zur Beseitigung einer Ausbeuterklasse.

Und diese, die Kulaken eben, sie wehrten sich mit allen Mitteln. Sie schlachteten rund 30 000 Stück Vieh, sie steckten Hunderte von Getreidespeichern in Brand, sie ermordeten mehrere hundert Parteimitglieder, die sich für die Verge-

einen Beschluß, der vor Verzerrungen des Januarbeschlusses warnte, und betonte, keine Aktionen dürften gegen normale Bauern stattfinden. Stalin hatte dies in seinem Artikel „Vor Erfolgen von Schwindel befallen" angeregt.

So gab es auf dem Land rund 115 Millionen Menschen, die ihre Hoffnungen auf die Kollektivierung richteten, die sich eine bessere Lebensführung davon versprachen, genügend Brot, bessere Einkommen und soziale Sicherheit. Aber es gab auch, und daher rühren die ganzen Schauergeschichten, rund 5 Millionen Menschen, die bei der Kollektivierung etwas zu verlieren hatten. Ein Teil von ihnen wurde gegen diese Maßnahmen aktiv. Diejenigen, die Terror ausübten wurden bekämpft. Und das bestimmt nicht mit Samthandschuhen.

Hätte man sie dafür loben sollen, daß sie weiter auf Kosten anderer leben wollten und des-

Der Staat ruft zur Revolution

nossenschaftlichung einsetzten.

Es entstand ein äußerst harter, heftiger Kampf. In diesem Kampf mobilisierte die Partei mehr als 20 000 Mitglieder, die aufs Land gingen, um gegen die Kulaken zu kämpfen, den Bauern beizustehen.

Fehler, die dabei gemacht wurden, in der Hitze des Gefechts, wurden von der Parteiführung sofort abgestellt. Nur zwei Monate nach dem ersten Beschluß, am 15. März 1930, faßte das Zentralkomitee der Partei auf Initiative J.W. Stalins

Der Sieg

1934, am Ende dieser Jahre, die für die sowjetischen Bauern angeblich so schlimm sein sollten, zog man Bilanz. Der Fünfjahrplan war schon wesentlich vorher, in wenig mehr als vier Jahren erfüllt worden.

Jetzt gab es 77 Millionen Kollektivbauern. Jetzt gab es statt 30 000 rund 210 000 Traktoren, statt 1 700 rund 25 000 Mähdrescher. Jetzt gab es auf dem Land statt rund 35 Prozent noch knappe 8 Prozent Analphabeten. Jetzt gab es mehrere hundert agrarwissenschaftliche Stationen und Institute. Jetzt gab es tausende studierter Agrarwissenschaftler, die vorher Bauern gewesen waren. Eines gab es jetzt kaum noch, und schon drei Jahre später überhaupt nicht mehr: den dreckigen, hungrigen, unwissenden Muschik. Der sowjetische Bauer war endgültig Mensch geworden! Er hatte sich zum aufrechten Gang erhoben. Das wegen Menschen totschossen? Sie wurden bestraft. Das wurde niemals verschwiegen. Dazu gab es auch keinen Grund.

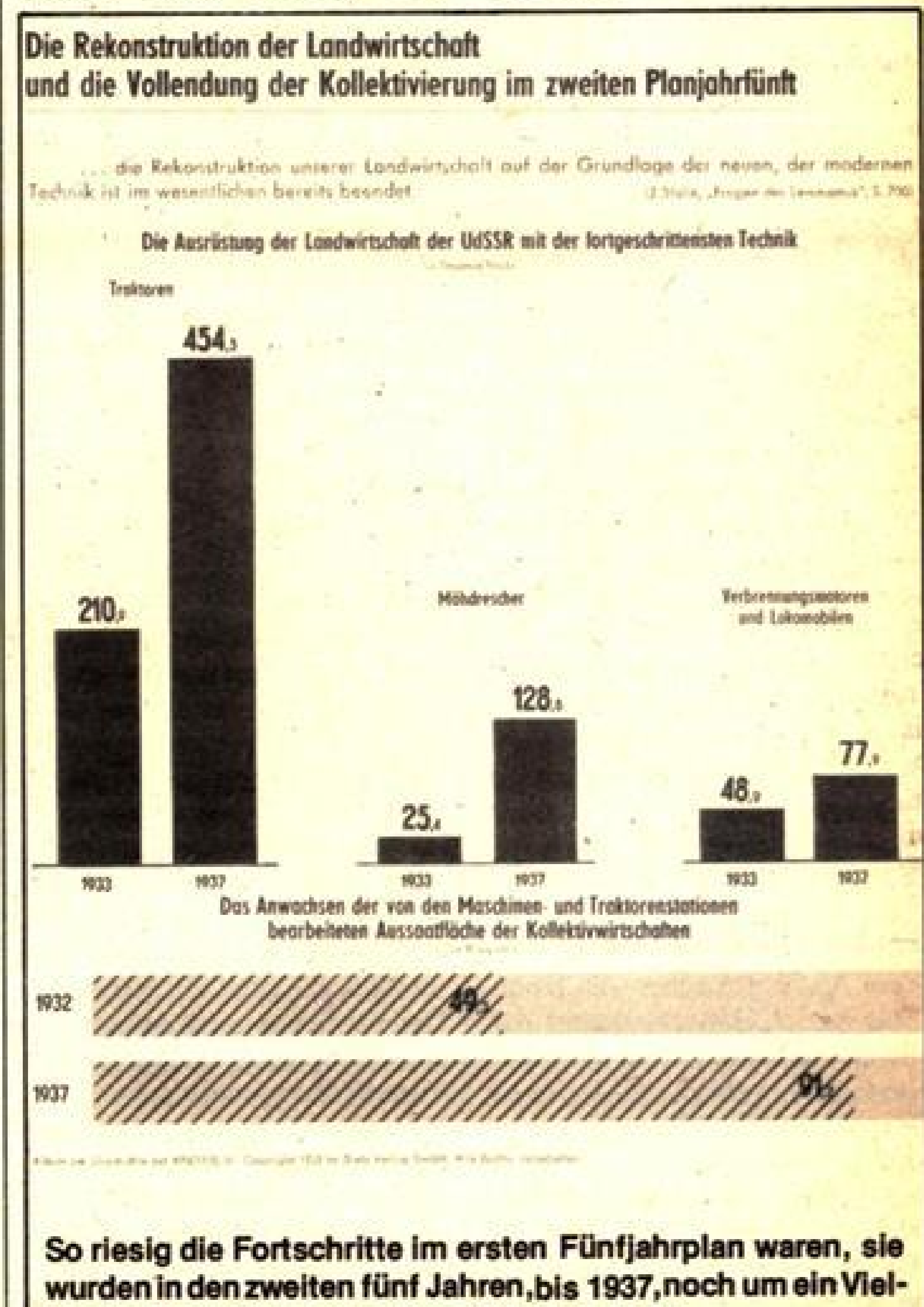
Der Staat, die Partei, die Arbeiter halfen den Bauern auf jede Weise vorwärtszukommen. Die Genossenschaften erhielten immer neue Kredite, bis sie wirtschaftlich arbeiten konnten. Staatliche Motoren- und Traktorenstationen wurden überall errichtet.

konnte er nur, indem er diejenigen abwarf, die auf seinem Nacken saßen. Dabei führte ihn die bolschewistische Partei, dabei führte ihn Stalin. Deshalb haben die russischen Bauern so viele Lieder über Stalin, deshalb nannten sie ihn ihren Vater.

Kein Bauer war verhungert, vorher nicht, jetzt schon gar nicht. Wenn Not aufgekommen war, dann dort, wo die Kulaken das Getreide ansteckten. Keine einzige Frau war in Gemeineigentum überführt worden, das blieb schließlich ein Thema für die Regenbogenpresse.

Großbauern waren enteignet worden, sie mußten jetzt arbeiten. Wenn sich aus ihren Reihen einige tausend lieber absetzten, um anderswo unerkannt in Genossenschaften einzutreten, um dort auf ihre Zeit zu warten, dann sind sie es, die dafür verantwortlich sind, nicht die Bauern, nicht die Kommunisten, nicht Stalin, das soll Vertreibung nennen, wer will.

Das war der Inhalt von dem, was in der westlichen Presse das sowjetische Bauernelend genannt wurde. Das Ergebnis davon war, daß die Sowjetunion zu einem der größten Weizenexporteure der damaligen Zeit wurde. Das hat sich erst geändert, als die sogenannten Antistalinisten um Chruschtschow an die Macht kamen. Seitdem wird wieder importiert. Unter welchem System Bauernelend herrscht, liegt offensichtlich auf der Hand.



So riesig die Fortschritte im ersten Fünfjahrplan waren, sie wurden in den zweiten fünf Jahren, bis 1937, noch um ein Vielfaches überboten, wie diese Statistik zeigt.



Vernichtung der marxistischen Arbeiterbewegung — das war der Hauptprogrammpunkt der Nazis. Als Erste wanderten nach der faschistischen Machtergreifung die Kommunisten in die KZs. Das Bild zeigt einen Appell im KZ Oranienburg im Frühjahr 1933.

Zur „Faschismus = Sozialismus"-Kampagne der CSU

NSDAP: Angetreten zur Vernichtung des Marxismus

Seit ihrem letzten Parteitag betreibt die CSU unter dem Deckmantel der Diskussion um die jüngste deutsche Vergangenheit eine aggressive Hetzkampagne gegen die Arbeiterbewegung. Generalsekretär Stoiber gab das Stichwort, als er erklärte, man müsse der Bevölkerung deutlichmachen, daß die Nazis in erster Linie Sozialisten waren. Strauß und andere CSU-Größen stießen in den folgenden Wochen mit ähnlich lautenden Erklärungen nach.

Die ungeheuerlichen Äußerungen sind plump und raffiniert zugleich. Raffiniert deshalb, weil sie mit der Unwissenheit vieler Menschen in geschichtlichen Dingen, weil sie mit bestehenden und unter der jahrzehntelangen Bonner Propaganda verfestigten Vorurteilen spekulieren. Deshalb ist es nötig, den ungeheuerlichen Äußerungen nicht nur Empörung, sondern auch ein paar Argumente entgegenzustellen.

Strauß sagte: „Sowohl Hitler wie Goebbels waren im Grunde ihres Herzens Marxisten." — Allein schon durch eine Betrachtung der Ziele und der Aufgaben des Nazi-Faschismus in Deutschland läßt sich dies widerlegen.

Die Nationalsozialisten traten als terroristische Partei des Großkapitals an. Ihre Aufgabe war es in erster Linie, die organisierte Arbeiterbewegung zu zerschlagen, die sozialistische Revolution zu verhindern und die nackte, terroristische Diktatur des Finanzkapitals über das deutsche Volk zu errichten. Der Antikommunismus und die Vernichtung des Marxismus waren Hauptprogrammpunkt der NSDAP.

So erklärte Hitler am 28. Februar 1926 im „Hamburger Nationalclub von 1919", in dem einflußreiche Großindustrielle und Bankiers, Reichswehroffiziere und Grußgrundbesitzer verkehrten: „Ich möchte das auf eine einfache Formel bringen: Die Frage der deutschen Wiedererhebung ist eine Frage der Vernichtung der marxistischen Weltanschauung in Deutschland. Wenn diese Weltanschauung nicht ausgerottet wird, wird Deutschland niemals wieder emporsteigen,(...) Aus dieser Erkenntnis heraus wurde einst die Bewegung gegründet, die ich mich bemühe, großzumachen und emporzubringen. Ihre Aufgabe ist sehr eng umschrieben: die Zertrümmerung und Vernichtung der marxistischen Weltanschauung."—

Goebbels notierte in sein 1935 veröffentlichtes Tagebuch: „Wenn man uns nicht die Möglichkeit gibt, mit dem Marxismus abzurechnen, dann ist unsere Machtübernahme vollkommen zwecklos."

Wenn Leute, die „im Grunde ihres Herzens Marxisten" sind, solche Gedanken und Pläne äußern, dann ist auch der Bannerträger des Antikommunismus, Strauß, „in seinem Herzen Marxist".

Hitler und Goebbels sprachen nicht nur von der Vernichtung des Marxismus, sondern sie setzten ihre Pläne — soweit es ihnen möglich war — in die Tat um.

Schon vor der Machtergreifung 1933 hatte Goebbels in sein Tagebuch notiert: „Dieses Gesindel" — er meinte die Arbeiterführer — „muß einmal wie Ratten ausgerottet werden". Und die Ermordung zweier Funktionäre der KPD in Königsberg kommentierte er mit den Worten: „Das ist das einzige Mittel, um die Roten zur Räson zu bringen; alles andere imponiert ihnen nicht mehr. Wir werden derlei Fälle in der näheren und weiteren Zukunft noch mehr erleben."

Die Kommunisten waren die ersten, gegen die sich nach der faschistischen Machtergreifung das Wüten der SA- und SS-Banditen richtete. Zehntausende wurden in die Lager und Gestapohöllen verschleppt. Nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 und dem Verbot der SPD kamen auch zahlreiche Gewerkschafts- beziehungsweise sozialdemokratische Funktionäre in die Konzentrationslager.

1933 waren von den in das KZ Börgermoor verschleppten Häftlingen 70 Prozent Kommunisten und 20 Prozent Sozialdemokraten. In Dachau waren 50 Prozent der Lagerinsassen Kommunisten und 20 Prozent Sozialdemokraten. Der *Völkische Beobachter*, das zentrale Organ der Nazi-Partei, schrieb am 22. Januar 1936 offen darüber: „Den größten Stamm der Insassen der Konzentrationslager bilden diejenigen kommunistischen und sonstigen marxistischen Funktionäre, die nach den gemachten Erfahrungen in Freiheit sofort ihren Kampf gegen den Staat wieder aufnehmen würden."

Als Vorkämpfer der Arbeiterklasse waren die Kommunisten die entschiedensten Feinde der Nazi-Faschisten, der Partei des Finanzkapitals. Der von ihnen organisierte Widerstand war der wirksamste, breiteste und gleichzeitig einzige ununterbrochene deutsche Widerstand gegen die Hitler-Diktatur. Kommunisten und Sozialisten kämpften und ertrugen Haft, Verhöre und Folter; sie nahmen für die Freiheit und das Glück Deutschlands den Tod auf sich, während andere, die heute „Freiheit statt Sozialismus" schreien, zur gleichen Zeit an ihren Justiz- und sonstigen Karrieren bastelten, in diversen SA-Sturmabteilungen oder im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund sich profilierten, als „weltanschauliche Referenten" und „Nationalsozialistische Führungsoffiziere" die Mordideologie der Nazis verbreiten halfen und dafür bescheinigt bekamen, „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat" einzutreten. Und diese braunen Dreckfinken erdreisten sich heute, den Nationalsozialismus zu einer Variante des Sozialismus zu erklären!

(Fortsetzung im nächsten *Roten Morgen*)

Zum Thema: Wiedervereinigung

„Dreigeteilt? — Niemals!" Auf diese griffige Formel haben die Reaktionäre und Faschisten Westdeutschlands, die Schüler Hitlers und Goebbels', ihre revanchistische Politik gebracht.

„Dreigeteilt? — Niemals!" Das ist die Propagandalosung eines Günter Deckert, neuer Stern am NPD-Nazi-Himmel, der Ende September unter dem Gejohle seiner Parteigenossen ausrief: „Wir sind für unser Vaterdeutschland, das größer ist als die Bundesrepublik. Insofern sind wir Nationaldemokraten bewußte Großdeutsche!"

Auch Franz Josef Strauß und seine CDU/CSU-Gefolgschaft in Bundestag und Bundesrat gehören in die Reihen der „bewußten Großdeutschen. Im Rahmen der Debatte über ein relativ unbedeutendes Gesetz, das normalerweise im Dschungel der parlamentarischen Routine unterginge, werfen sie massiv die deutsche Frage auf. Es geht um den Geltungsbereich eines Gesetzes zur Steuerharmonisierung in der Europäischen Gemeinschaft. Für die kalten und heißen Krieger um Strauß und Stoiber ein Anlaß, das „Reichsgebiet in den Grenzen vom Dezember 1937" zum Inland unter Bonner Regie zu erklären.

Natürlich steht gegenwärtig nicht zu befürchten, daß Strauß nicht nur in München und Hamburg, sondern auch in Magdeburg, in Leipzig und am Memelstrand Umsatzsteuer einzutreiben gedenkt. Aber der Gebietsanspruch wäre gesetzlich formuliert. Das Steuergesetz, das normalerweise nur das Interesse der Finanzbürokraten auf den Amtsstuben weckt, wäre eine unverhohlene Kriegsdrohung gegen die Völker des Ostens. In Großmachtmanier werden Gebietsansprüche auf das gesamte Staatsgebiet der DDR, auf Teile jenseits der Westgrenze Polens (Oder-Neiße-Linie) und auf Teile der Sowjetunion, das Gebiet um Kaliningrad (der nördliche Teil des früheren Ostpreußens) geltend gemacht.

„Dreigeteilt? — Niemals!" ist nach wie vor das Programm der westdeutschen Monopole. In Strauß naht uns sein Vollstrecker.

Gegenwärtig wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, die Regierungsparteien würden sich streng gegen die revanchistischen Pläne aus der schwarz-braunen Ecke verwahren. Strauß wird der Rückfall in die schlimmsten Zeiten des kalten Krieges vorgeworfen, Finanzminister Matthöfer (SPD) nannte ihn gar einen Reaktionär. In Wirklichkeit unterscheidet sich die Haltung der Koalitionsparteien in dieser Frage kaum von der ihres parlamentarischen Widerparts. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Wolff von Amerongen, ließ im Namen der Regierungskoalition erklären: *„Ausland im Sinne dieses Gesetzes ist das Gebiet, das nicht zum Erhebungsgebiet* (damit ist Westdeutschland gemeint, Red.) *und nicht zur Deutschen Demokratischen Republik und Berlin (Ost) gehört."* Während die CDU/CSU das Staatsgebiet der DDR und die ehemaligen deutschen Ostgebiete zum Inland erklären will, macht die Regierungskoalition ihre Ansprüche „nur" auf das Staatsgebiet der DDR geltend. Beide Standpunkte sind gegen den Frieden in Europa gerichtet und müssen schärfstens zurückgewiesen werden.

Die Sowjetunion, die selber die Souveränität anderer Länder wie der Tschechoslowakei mit Füßen tritt, hat gegen die Strauß'schen Pläne energischen Protest angemeldet. Das ist ihr gutes Recht, denn immerhin geht es dabei auch um Gebiete, die gemäß dem völkerrechtlich verbindlichen Abkommen von Potsdam zur Sowjetunion gehören. Doch die Souveränität der DDR verletzt sie gleich auf zweierlei Weise. Zum einen halten sie das Staatsgebiet der DDR mit ihren Panzern besetzt, zum anderen haben sie die Souveränität ihres „Bruders" längst an die Bonner Herren für harte D-Mark verkauft. Im Rahmen der Verhandlungen zum Moskauer Abkommen 1970 hatte der sowjetische Außenminister gegenüber seinem westdeutschen Amtskollegen erklärt: *„Wir sind Ihnen entgegengekommen in der Grenzfrage, als wir den Begriff der Anerkennung* (der DDR, Red.) *fallenließen."* Kein Wunder, daß die neuen Zaren im Kreml nur gegen die Pläne der CDU/CSU polemisieren („Paradebeispiel revanchistischer Politik"), die revanchistischen Ziele der Bonner Regierungsparteien jedoch kommentarlos dulden.

„Dreigeteilt? — Niemals!" Unter diesem Motto haben auch schon frühzeitig die chinesischen Führer, allen voran der Revisionist Tschou En-lai, die Frage der deutschen Wiedervereinigung aufgeworfen (*„Ich kenne kein Kaliningrad, ich kenne nur ein Königsberg"*). Diese reaktionäre Politik ist Bestandteil ihrer Anstrengungen, unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Sowjetunion eine weltweite konterrevolutionäre Allianz unter Einschluß der USA und aller Faschisten und ultrarechten Kräfte auf die Beine zu stellen. In diesem Zusammenhang paktieren sie mit den schwärzesten Kräften der westdeutschen Reaktion. Diese Bestrebungen sind gegen das deutsche Volk gerichtet und haben mit seinem legitimen Wunsch nach Wiedervereinigung nicht das geringste zu tun.

Der Wunsch des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung kann nur im Kampf gegen diese kriegstreiberischen Machenschaften erfüllt werden. Die KPD/ML erklärt in ihrem Aktionsprogramm: **„Wir werden uns nicht mit der nationalen Spaltung Deutschlands abfinden, aber wir treten auch allen Versuchen der Reaktion entgegen, ein vereinigtes, imperialistisches Großdeutschland zu schaffen. Ein wiedervereinigtes Deutschland ist nur dann im Interesse des deutschen Volkes und der Völker der Welt, wenn es sozialistisch ist." Von den Revanchisten in Regierung und Opposition fordern wir die volle staatliche Anerkennung der DDR und die Erklärung, keinerlei Ansprüche auf polnisches und sowjetisches Gebiet zu erheben. Mit dem deutschen Volk in Ost und West kämpfen wir für den revolutionären Sturz der Diktatur der Bourgeoisie in Bonn und Ostberlin, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland in den Grenzen, die das Potsdamer Abkommen vorgesehen hat.**

Wallmann verbietet erneut Gewerkschaftsaktion

FRANKFURT.— Frankfurter HBV-Mitglieder hatten sich für Sonntag, den 14. Oktober vorgenommen, vor der Paulskirche eine Kundgebung zu veranstalten, um gegen Arbeitsplatzvernichtung, für die 35-Stunden-Woche und für das Verbot neonazistischer Literatur zu demonstrieren. Ihre Aktion hatten sie ordnungsgemäß am 13. September bei der zuständigen Behörde beantragt.

Am 13. Oktober, einen Tag vor der geplanten Kundgebung, ließ Oberbürgermeister Wallmann die Gewerkschafter über das Ordnungsamt wissen, daß die Kundgebung an der ursprünglich vereinbarten Stelle untersagt sei. Großzügig wurde ihnen ein Ersatzort angeboten, wo es allerdings kaum Publikum gab.

Oberbürgermeister Wallmann, der bereits im Juni eine DGB-Demonstration gegen das Deutschlandtreffen der NPD verboten hatte, will Frankfurt offenbar zu einer verbotenen Stadt für gewerkschaftliche Aktivitäten schlechthin machen.

CDU verteidigt Hitlers Ehrenbürgerrechte

BAD NAUHEIM.— Die kurstädtische Verwaltung der Stadt Nauheim hat in einer kürzlich erschienenen Festschrift zum 125. Jahrestag der Verleihung der Stadtrechte Hitler und den Exgauleiter von Hessen Ferdinand Werner als Ehrenbürger aufgeführt.

Die SPD-Fraktion versuchte immerhin noch letzte Woche, einen Ratsbeschluß herbeizuführen, der die nachträgliche Streichung von Hitler und Werner aus der Ehrenbürgerliste bewirken sollte. Der Antrag wurde jedoch von CDU und einer reaktionären Wählergemeinschaft abgeschmettert. Doch auch die SPD-Fraktion unterstützte keineswegs geschlossen den berechtigten Antrag.

Bürgermeister Herbert Schäfer (SPD) stellte sich auf Anfrage „voll und ganz" hinter die skandalöse Broschüre und interpretierte diesen ungeheuren Affront gegen die Opfer des nationalsozialistischen Terrors und deren Hinterbliebene als „geschichtliche Darstellung". Vor dem Stadtrat führte er aus, eine Entziehung der Ehrenbürgerrechte wäre ohnedies nur zu Lebzeiten der Genannten wegen unwürdigen Verhaltens möglich gewesen. Diese Argumentation ist nichts anderes als eine Abwandlung der berüchtigten Filbinger-Logik „Was damals rechtens war, kann heute nicht unrecht sein".

Polizeipräsident zu Todesschüssen in Bochum

„Ich sehe mich außerstande die gestellten Fragen zu beantworten!“

Volkskorrespondenz aus Bochum

Acht Fälle von polizeilichem Schußwaffengebrauch in den letzten vier Jahren riefen die Bochumer Initiative gegen Polizeiübergriffe auf den Plan, die sich aus den überlebenden Betroffenen, den Angehörigen der Opfer und interessierten Bürgern zusammensetzt. Im September legte die Initiative einen offenen Brief an Innenminister Hirsch, Polizeipräsident Berndt und die im Rat vertretenen Parteien vor, der Mitte Oktober von Herrn Berndt auf arrogante und verächtliche Weise beantwortet wurde.

Der offene Brief, der von den Opfern des Polizeiterrors bzw. deren Angehörigen unterzeichnet wurde, geht im Rahmen von 22 Fragen auf die Rolle von Polizei, Justiz und verantwortlichen Politikern ein. Insbesodere die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel nimmt breiten Raum ein. So heißt es unter Punkt 5:

„Im Falle Pollaczek wurden vier Polizeibeamten mit einem betrunkenen Jungen, der ein Messer in der Hand hatte, nicht anders fertig, als daß einer der Beamten den Jungen mit einem Kopfschuß aus nächster Nähe tötete. (...) Müssen Ihre Beamten nicht in der Lage sein, solche Situationen notfalls mit den bloßen Händen (Judo u.a.) zu meistern? Oder werden sie gar nicht darin ausgebildet, Konflikte anders als mit der Waffe zu lösen?“

Unter Punkt 6 wird auf die Frage der Bewaffnung eingegangen: *„Bisher hat die Polizei mit Pistolen vom Kaliber 7,65 Millimeter geschossen. Dabei sind in den acht Bochumer Fällen drei Tote zu beklagen gewesen, drei weitere Opfer wurden zwar schwer verletzt (Bauch- und Lungenschüsse), kamen aber mit dem Leben davon. Muß man nicht davon ausgehen, daß diese drei Opfer bei der Art der Verletzung mit Sicherheit tot wären, wenn die Polizei schon damals mit den schweren Waffen vom Kaliber 9 Millimeter ausgerüstet gewesen wäre, die jetzt eingeführt werden?“*

Der letzte Fragenkomplex geht auf die zynische Haltung der Polizeibeamten gegenüber den Opfern des Polizeiterrors ein. Unter Punkt 18 und 19 wird gefragt: *„Können Sie kaltschnäuziges Verhalten von Polizeibeamten in der Art tolerieren, daß zum Beispiel zu den Söhnen von Dr. Böwering* (sein Wagen wurde von Polizeibeamten unter Beschuß genommen, er selber blieb unverletzt, Red.) *gesagt wurde, sie hätten doch alles geerbt, wenn ihr Vater von den Kugeln getroffen worden wäre? Halten Sie es für richtig, daß zum Beispiel bei Frau Viefhaus nach der Schußverletzung Polizeibeamte nachts gegen 1.30 Uhr im Krankenhaus erschienen sind und sie, ohne Rücksicht auf ihre körperliche und seelische Verfassung, über den Vorfall vernehmen wollten?“*

Das Antwortschreiben des Polizeipräsidenten Berndt an die Initiative zeigt, daß der Polizeichef in Sachen Arroganz und Zynismus seinen Untergebenen in nichts nachsteht.

Nachdem er festgestellt hat, daß die Initiative „offenbar ‚Übergriffe‘ der Polizei apodiktisch (unwiderlegbar, Red.) als geschehen und erwiesen unterstellt“, weist er „den darin zum Ausdruck kommenden pauschalen Vorwurf (...) mit Nachdruck zurück“.

Er bezichtigt dreist die Fragesteller, die immerhin Opfer des Terrors seiner Beamten sind, der „Voreingenommenheit“, wirft ihnen vor, die „staatsanwaltlichen und gerichtlichen Entscheidungen“ zu „ignorieren“.

Doch die werden keineswegs ignoriert. In dem offenen Brief heißt es zu diesem Thema: *„Ist nicht die Erfahrung vor Gericht, daß die meisten strafrechtlichen Verfahren gegen schießende Polizeibeamte auch in zweifelhaftesten Fällen mit Freispruch oder Einstellung geendet haben, geradezu eine Bestätigung für Ihre Beamten, daß sie auch bei falschem Einsatz der Pistole nichts zu befürchten brauchen?“*

Darauf geht Polizeichef Berndt mit keinem Wort ein, wie er überhaupt alle Fragen vollständig ignoriert.

Jovial gesteht er zu, daß es „menschlich durchaus verständlich“ ist, „daß die Anwendung unmittelbaren Zwangs durch die Polizei von den Betroffenen und deren Angehörigen oft negativ beurteilt wird.“ Schließlich schreibt er im Vertrauen auf die Justiz: *„Das Urteil steht allein den nach unserer Rechtsordnung dafür zuständigen Institutionen zu. Es ist zu respektieren, auch wenn es der persönlichen Meinung nicht entsprechen sollte.“*

Nun — der persönlichen Meinung des Polizeichefs wird es sicherlich entsprechen, zumindest dann, wenn die Betroffenen und die empörten Bürger stillhalten würden. Doch durch die Aktivitäten der Initiative besteht die Chance, den Kreislauf Todesschuß — Freispruch zu durchbrechen. Am 15. November wird eine Diskussionsveranstaltung stattfinden. Nähere Informationen beim Sprecher der Initiative: Rechtsanwalt Zimmermann, Kurt-Schumacher-Platz 9, 4630 Bochum 1, Tel.: 0234/60416.

Auf der Suche nach ehemaligen Konzentrationslagern

„Ohne die Hilfe der Anwohner hätten wir nichts gefunden!“

Volkskorrespondenz aus Esterwegen

Die Berichterstattung des *Roten Morgen* über den gleichermaßen unverschämten wie vergeblichen Versuch der niedersächsischen Bezirksregierung, die Aufstellung einer Gedenktafel auf dem Gelände des ehemaligen KZs Esterwegen zu Ehren der Opfer der Hitler-Diktatur zu verhindern (RM Nr. 40, Seite 12), erinnerte mich an einen Fotoausflug, den ich vor einiger Zeit ins Emsland unternahm, um die Überreste ehemaliger KZs aufzuspüren. Ohne die freundliche Hilfe der Anwohner hätte ich freilich nicht die geringste Spur des Nazi-Terrors entdecken können.
Das kleine Hinweisschild mit der unverbindlichen Bezeichnung „Begräbnisstätte“ ist bei schnellem Verkehr auf der geradlinigen Bundesstraße leicht zu übersehen. Und auf dem Esterweger Ortsplan ist nicht der geringste Hinweis zu finden.

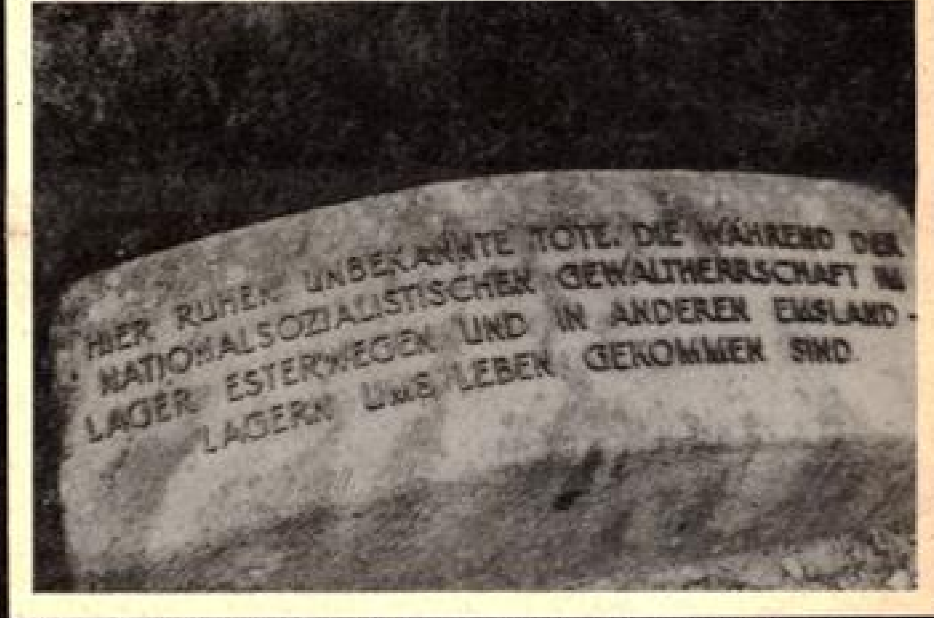






Das frühere KZ wird heute als Bundeswehrdepot genutzt. Der frühere KZ-Zaun soll sogar noch einige Zeit lang als Depotsicherung gedient haben.





Erst wenn man ein Tor mit der nichtssagenden Aufschrift „Friedhof“ passiert hat und ein Stück hineingegangen ist, kann man an den aufgestellten Gedenktafeln erkennen, wo man sich eigentlich befindet. Und selbst dieser sparsame Hinweis sollte noch weggeschafft werden.

Giftfässer auf Kinderspielgelände

Volkskorrespondenz aus Lübeck

Jetzt hat auch Lübeck seinen Giftskandal. Er kam ins Rollen, als spielende Kinder auf dem Gelände der ehemaligen Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken (DWM) im Lübeck-Schlutup Schießpulver aus dem letzten Weltkrieg fanden. Glücklicherweise war das Pulver naß und konnte so keinen Schaden anrichten.

Weitere Nachforschungen der Behörden ergaben dann, daß in diesem Gebiet, das seit Jahren von Kindern als Spielplatz benutzt wird, vierzig Fässer mit hochgiftigen militärischen Kampfstoffen vergraben liegen. Schlutup war bis zum Ende des Krieges ein Zentrum der Rüstungsproduktion in Norddeutschland. Neben der DWM war hier noch ein weiterer Rüstungsbetrieb tätig.

Diese Tatsachen sind den Behörden natürlich nicht erst jetzt bekannt. Statt aber entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, beschränkte man sich darauf, die durch den Hamburger Giftskandal erregten Gemüter zu beruhigen. Das Innenministerium erklärte, in Schleswig-Holstein seien noch nie chemische Giftstoffe gefunden worden. Man habe hier nur konventionelle Munition entschärfen müssen. (Davon in den letzten zwölf Monaten unter anderem 71 Bomben, sechs Seeminen und über 2 000 Granaten. Immerhin!)

In Lübeck schlug der Innensenator Hilpert in die gleiche Kerbe. Er versicherte, daß auf dem Gelände unserer Stadt nichts Gefährliches vergraben liege. Und dann wurden die Giftfässer auf dem Spielgelände gefunden. Jetzt machte Hilpert auf einer Einwohnerversammlung besorgter Bürger eine kleine Einschränkung. „Mit gutem Gewissen“ könne er erklären, daß in Schlutup niemals Giftgas hergestellt worden sei. Aber selbst wenn das stimmt, was ja noch zu beweisen wäre, so gibt es schließlich genug andere hochgiftige Kampfstoffe, die bei der Munitionsherstellung anfallen. Die gefundenen Fässer sind ja der deutliche Beweis dafür.

Und wie gefährlich diese Fässer sind, kann man schon aus der Tatsache ersehen, daß der Leiter der Räumungsarbeiten im Hamburger Giftskandal jetzt mit der Bergung in Lübeck beauftragt wurde. Die Anwohner haben also allen Grund, besorgt zu sein. Und das auch gerade deswegen, weil die Behörden ihre wesentlichste Aufgabe eben nicht in der Beseitigung der Gefahren für die Bevölkerung, sondern in deren Vertuschung sehen.

Dabei war nicht erst seit dem Pulverfund durch die spielenden Kinder klar, daß hier auf dem DWM-Gelände etwas nicht stimmte. Vor Monaten schon sind dort nämlich 15 Wildschweine aus bislang ungeklärter Ursache verendet. Und jetzt wird einfach glattweg bestritten, daß dieses Tiersterben mit den Giftfässern in Zusammenhang stehen könnte. Nicht einmal Bodenproben wurden entnommen, man beschränkte sich darauf, das Trinkwasser zu untersuchen.



Obwohl die verantwortlichen Politiker die Lage nach Kräften beschönigen, wird das Gelände, auf dem das Giftgas gefunden wurde, auch nachts von Polizisten bewacht.

Angesichts dieser Tatsachen ist die Unruhe der Anwohner nur zu verständlich, und die verantwortlichen Herren werden sich sicher nicht mehr lange mit ihren Beschwichtigungsversuchen gegen die Bevölkerung halten können.

Hua in der Bundesrepublik

Freund der Monopole und Revanchisten

BONN.— Hua Guo Feng besucht die Bundesrepublik. Gewaltiger Wind wird um diesen Besuch von den Massenmedien gemacht. Ein historischer Besuch sei das, liest man überall, Fernsehsondersendungen werden gemacht, um die Öffentlichkeit einzustimmen. Wem dieser Besuch Nutzen bringt, liegt auf der Hand.

Die deutschen Kapitalisten erhoffen sich nicht nur große Geschäfte, sondern sie wittern auch ein neues Billiglohnland, wo sie Extraprofite machen können, wohin sie Arbeitsplätze verlagern können. Sie erhoffen sich weitere Unterstützung für ihre Ziele, Revanche zu nehmen für ihre Niederlage im letzten Krieg.

Von Beginn des neuen Kapitels deutsch-chinesischer Beziehungen an standen diese beiden Absichten im Vordergrund.

Bereits bei seinen ersten Kontakten mit verschiedenen CDU-Politikern vor einigen Jahren äußerte der damalige chinesische Ministerpräsident **Tschou En-lai: „Ich kenne kein Kaliningrad, ich kenne nur Königsberg"**

Das war die offizielle Bekundung, daß auch die chinesischen Revisionisten sich genausowenig um das Potsdamer Abkommen kümmerten, wie die sowjetischen Revisionisten bei ihren Verträgen mit der Bundesrepublik. Anläßlich der Besuche von Strauß, Dregger, Filbinger und der Herren gleicher Farbe gab es jedes Mal offizielle Unterstützung für ein wiedervereintes Deutschland, womit natürlich ein kapitalistisches, aggressives Großdeutschland gemeint war, das die Chinesen wollen, um ihre Moskauer Konkurrenten zu schwächen.

Jeder neue Kontakt zu China führte in der Presse zu Spekulationen über die gewaltigen Ausmaße möglicher Geschäfte, von denen nur der Umfang umstritten war. Aber, ob es jetzt viele oder weniger Milliarden Mark werden, die dort verdient werden können, ist ein Streit, der nur die Unternehmer interessiert. Tatsache ist, daß sie seit der Mitte der siebziger Jahre die französischen Kapitalisten als wichtigsten europäischen Geschäftspartner der Chinesen verdrängt haben. Tatsache ist, daß mit dem geplanten Kooperationsabkommen die reaktionären Beziehungen zwischen Bonn, München und Peking vertieft werden sollen, zum Schaden der deutschen und chinesischen Arbeiter.

Deshalb können nur die Kapitalisten und vielleicht einige maoistische Sekten diesen Besuch begrüßen, während die Arbeiterklasse und die Kommunisten diesen Besuch verurteilen.

Enver Hoxha über die chinesische Außenpolitik Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre

Betrachtungen über China

Einige Auszüge aus dem Buch des Genossen Enver Hoxha „Betrachtungen über China" zeigen, daß bereits in der Zeit vor zehn Jahren die albanische Partei die Außenpolitik der Chinesen kritisierte und ihnen diese Kritik auch mitteilte. Obwohl damals verschiedene Tatsachen noch nicht bekannt waren, obwohl damals die chinesische Linie noch nicht so entwickelt war, zeigt es sich doch bereits in den Augen der wahren Kommunisten, daß diese Politik für die Völker der Welt Schaden bringt.

Die Chinesen schweigen zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei und Europa

Dienstag, 29. April 1969

Die Angestellten der chinesischen Botschaft haben unseren Genossen gesagt: Unsere Haltung zu den Tschechen hängt von ihrer Haltung zu den Sowjets ab, d.h. die Tschechen Dubceks können auch Faschisten sein, es genügt, daß sie gegen die Sowjets sind und „sie sind in Ordnung". Seltsam!

Was für Leute mögen das wohl sein, die in der chinesischen Botschaft arbeiten? Sollten sie etwa Anhänger von Liu und Deng sein, die „Es lebe Mao!" rufen?! Alles kann vorkommen. Oder sollten die Tschechen „wohlwollend" die Chinesen offiziell davon in Kenntnis setzen: „Die Sowjets tun uns dies und jenes an, aber wir widersetzen uns, wir haben Euch gegenüber Fehler begangen, können aber gegenwärtig nicht sprechen, wir wollen die Beziehungen zu Euch verbessern" usw. usf?

Die Taktik der Chinesen ist es, aus „Opportunitätsgründen" so lange nicht zu sprechen, „bis sich die Situation klärt". Oder sie gehen von dem falschen Grundsatz aus: „Es genügt, wenn sie gegen die Sowjets sind; macht nichts, wenn sie der Konterrevolution dienen, denn sie sind in Europa" und es ist eine Tatsache, daß sich die chinesische Politik nicht im mindesten für Europa interessiert. Seltsam!

Die chinesische Linie gegen den Sowjetrevisionismus wird von nationalistischen Motiven genährt

Sonntag, 20. Februar 1972

Die andere Linie ist die der Kommunistischen Partei Chinas, eine bekannte Linie, die wir ständig der Analyse unterzogen haben. Sie bildet das Bild von Sprüngen und Perioden. Gegenwärtig können wir sagen, daß sie sich als gegen den Sowjetrevisionismus gerichtet darbietet, jedoch von ausgeprägt nationalistischen Großmachtmotiven genährt wird, mag auch ihre Propaganda versuchen, diese falsche Ausrichtung zu kaschieren.(...)



Preis 14.- DM, Bestellungen an Verlag Roter Morgen, 46 Dortmund 30, Wellinghoferstraße 103

Die Frage des Ausnutzens der Widersprüche in der nichtkommunistischen Welt betrachtet die Kommunistische Partei Chinas nicht auf marxistischer, revolutionärer Grundlage. Die Chinesen haben beschlossen, sich all jenen anzunähern, die Widersprüche zu den Sowjetrevisionisten haben, seien es nun andere Revisionisten, Sozialdemokraten, amerikanische Imperialisten oder Vertreter der anderen bürgerlichen Staaten. Diese Politik führen sie natürlich nicht offen unter dem Licht der Sonne durch, doch für alle deutlich erkennbar sind die „guten" und klaren Anzeichen des Beginns der Verbindungen mit den Rumänen, die zum Bindeglied der Chinesen zu den anderen Revisionisten geworden sind, die süßen Gespräche mit Carillo und so weiter und so fort. Die Schlußfolgerungen aus den Fakten ergeben sich von selbst: Die Kommunistische Partei Chinas ist bestrebt, mit den revisionistischen Dissidenten einen neuen Block zu bilden, um ihn der sowjetischen Gruppierung entgegenzustellen, und dieser neue Block kann nichts als revisionistisch sein.

Morgen beginnen die offiziellen Gespräche mit dem Oberhaupt des amerikanischen Imperialismus. Nixon, der Volksschlächter, wird Mao und Tschou En-lai die Hand drücken. Ihre Meinung zu diesem Treffen hat unsere Partei den Chinesen brieflich mitgeteilt.

Die Chinesen kämpfen darum, den Sowjets die Hegemonie im revisionistischen Lager zu entreißen

Freitag, 25. Februar 1972

All dies belegt und erhärtet unsere Prognosen in der Frage, mit der wir uns gerade beschäftigen. China ist dabei, nach und nach seine revolutionäre Linie aufzugeben, sowohl in der Strategie, als auch in der Taktik und hat einen Weg mit einer liberalrevisionistischen opportunistischen Linie eingeschlagen. Mit dieser Linie stößt es jetzt in Richtung auf Mäßigung gegenüber dem amerikanischen Imperialismus und den anderen kapitalistischen Ländern sowie der Abkommen mit ihnen vor. (...)

Wie China vor der UNO offiziell erklärte, gehört es zur „dritten Welt". Auch in der Frage der revisionistischen Parteien ändert China Strategie und Taktik, um jene revisionistischen Parteien zu sammeln, die Widersprüche zu den Sowjets haben, so wie es versuchen wird, die „dritte Welt" für sich zu gewinnen.

Deutsch-chinesische Beziehungen — ihre Geschichte in Bildern



Seit Mitte der siebziger Jahre haben die chinesischen Revisionisten ihre Kontakte zum westdeutschen Finanzkapital ständig verstärkt.
1. Als Ersten, der in Begleitung einer großen Gruppe von Unternehmern nach China kam, konnte Hua Guo Feng seinen Gesinnungsfreund Hans Filbinger begrüßen. Filbinger war von der ganzen Atmosphäre des Empfangs dermaßen begeistert, daß er tatsächlich so weit ging, immer wieder von selbst Parolen gegen die Viererbande zu rufen, und den Vorsitzenden Hua hochleben ließ.



2. Da Franz Josef Strauß bekanntlich gegen die Sowjetunion ist und auch öffentlich für Rüstung eintritt, war er ein ganz besonders willkommener Gast der chinesischen Führung, der einzige Spitzenpolitiker Bonns, der mehrmals enthusiastisch begrüßt wurde.

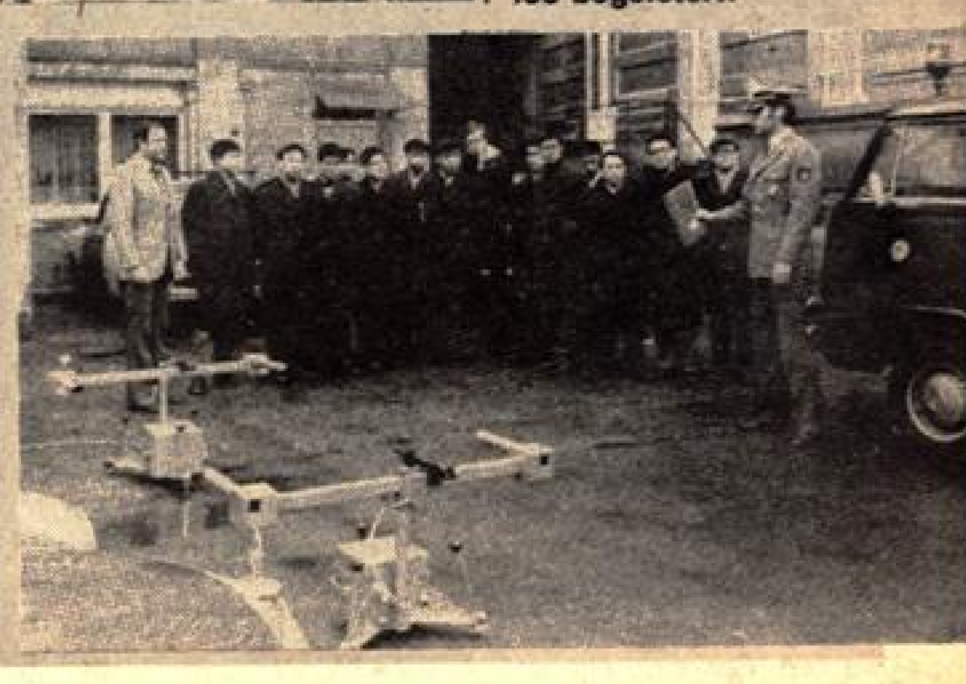
3. Von den über 30 chinesischen Delegationen, die sich in den letzten vier Jahren in der Bundesrepublik einfanden, waren die Hälfte Militärdelegationen. Hier darf ein chinesischer Offizier gemeinsam mit Offizieren aus Pakistan und Ägypten die Bundeswehr dabei beobachten, wie man einen modernen Krieg führt.



4. Der Besuch des Kanzlers Schmidt in China leitete endgültig die Epoche der großen Geschäfte ein. Deutsche Banken vergeben Milliardenkredite, deutsche Monopole bekommen Milliardenaufträge, bauen in China Fabriken zur gemeinsamen Ausbeutung der chinesischen Arbeiter, der Profit darf — selbstverständlich — ausgeführt werden.



5. Der Wunschzettel ist lang! Die chinesischen Offiziere sind von den westdeutschen Angriffswaffen wie „Leopard"-Panzern und „Tornado"-Kampfflugzeugen restlos begeistert.



6. Schließlich erfreut sich auch die Polizei wachsender Aufmerksamkeit der Chinesen. Hier ein Besuch Anfang 1978 in Heidelberg, wo vor allem die Organisation der Polizei und die elektronischen Geräte und Datenstationen das Interesse der Besucher erweckten. Der Besuch beim Bundeskriminalamt vor kurzem hat zum weiteren Erfahrungsaustausch sicherlich beigetragen.

Bei den Nachwahlen am 14. Oktober

Wahlsieg der Rechten in der Türkei

Das internationale Kapital verlangt harte Maßnahmen

ISTANBUL/ANKARA.— Bei den Nachwahlen zum türkischen Parlament erlitt die sozialdemokratische Regierungspartei des Ministerpäsidenten Ecevit, die CHP, eine so schwere Niederlage, daß Ecevit als Ministerpräsident zurücktrat. Jetzt zeichnet sich eine neue Regierung Demirel ab, eine Koalition mit der faschistischen Partei der Nationalen Aktion von Alparslan Türkes, dem Führer der Grauen Wölfe.

Diese Wahlen, die unter den Bedingungen des in neunzehn Provinzen des Landes verhängten Kriegsrechts stattfanden, waren von einer Mordwelle der Banden der Konterguerrilla begleitet. Ihr Verlauf ist ein Ausdruck der ungeheuer komplizierten Situation, in der sich die Völker der Türkei bereits seit langer Zeit befinden und die sich ständig verschlechtert.

Seit Jahren wechseln sich Demirel und Ecevit immer wieder als Ministerpräsident ab. Jedesmal führen sie ihren Wahlkampf mit der Versprechung, alles besser zu machen, denn nur der Amtsvorgänger habe Schuld.

Seit Jahren bestimmt aber im Hintergrund die Armee. Der Militärputsch von 1971 wurde faktisch von allen Regierungen danach fortgeführt. Mit der Verhängung des Kriegsrechts im letzten Jahr tat dies auch der Sozialdemokrat Ecevit. Alle diese Maßnahmen werden unter der Parole durchgeführt, die Türkei brauche jetzt als erstes Ruhe. Diese Parole wird von allen Parteien vertreten. Allein umstritten ist das Ausmaß des Terrors, der angewendet werden soll, um diese Ruhe zu erzwingen.

Die Generäle, die 1971 nach den Plänen des amerikanischen CIA den Putsch durchführten, sie führen noch heute die Armee, sie sitzen heute im Parlament, sie haben immer noch ihre Organisation Konterguerrilla, eine Kaderorganisation für Killer und Folterer.

Hinter diesem Terror, unter der Regierung wechselnder Parteien, stehen vor allem die ausländischen Monopole, vereint mit den Großkapitalisten in der Türkei und den Großgrundbesitzern, vor allem im östlichen Teil des Landes.

Sie sind es, die Ruhe verlangen, um ungestört ihre Milliarden Dollar Profite machen zu können. Der jüngste Kredit des amerikanisch beherrschten Internationalen Währungsfonds (IWF) an die Türkei zeigt das in aller Klarheit. Mit diesem neuen Kreditabkommen vom Juni dieses Jahres werden die Auslandsschulden der Türkei im Laufe der Zeit die schwindelerregende Höhe von 25 Milliarden US-Dollar erreichen. **An die Vergabe dieses neuen Kredits, der in Wirklichkeit den westlichen multinationalen Monopolen zugute kommt, die damit Fabriken bauen, knüpfte der IWF brutale Bedingungen.** Zum einen eine sofortige Abwertung der türkischen Lira um sage und schreibe 88 Prozent. Über 47 TL müssen jetzt für einen einzigen Dollar bezahlt werden. Da die Türkei in vielen Produkten sehr importabhängig ist, schlägt diese Abwertung voll auf die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung durch. **Über Nacht hat das Geld der Arbeiter und Bauern sozusagen die Hälfte an Wert verloren, nachdem bereits in den letzten rund achtzehn Monaten die Inflationsrate fast 100 Prozent betrug.** Gleichzeitig wurden für eine Reihe von Industriegütern Preiserhöhungen befohlen, die sich auch in der Konsumgüterbranche Wirkung haben werden. Der IWF verlangte ferner eine größere Rentabilität der türkischen Betriebe, das heißt Entlassungen und Rationalisierungen, und das bei einer Lage auf dem Arbeitsmarkt, wo jeder Fünfte keine Arbeit hat. Und schließlich wurde gefordert, sogenannte bürokratische Klauseln, die die ausländische Investitionstätigkeit hemmen würden, abzuschaffen.

Diese Kreditbestimmungen bedeuten die völlige Unterwerfung der Türkei unter das ausländische Monopolkapital, das nicht mehr nur große Profite macht, sondern selbst die Verwaltung der Wirtschaft übernommen hat.

Dieser IWF-Plan wurde bezeichnenderweise von einem Finanzfachmann ausgearbeitet, der direkt von der Chase Manhattan Bank Rockefellers zum IWF entsandt wurde.

Aber neben den US-amerikanischen Großkapitalisten strecken auch die Monopolherren anderer Staaten die Hände nach der Türkei aus.

Ein gemeinsamer europäischer Kredit wurde unter westdeutscher Federführung vor einiger Zeit bewilligt, unter der Bedingung, daß der CDU-Politiker und Finanzfachmann Leisler Kiep den Verwendungsplan für das Geld ausarbeitete.

Und auch die sowjetischen Kapitalisten haben sich zunehmend Einfluß auf die Türkei beschafft. Über 200 Milliarden türkische Lira beträgt die Schuld an die UdSSR, die dafür die Lieferung von Rohstoffen verlangt. Asbest, Antimon, Wolfram und Chrom gehören zu den am meisten gelieferten Stoffen.

Diesen Vorgängen sollen die Völker der Türkei tatenlos zusehen und dabei verhungern. Das ist der Zweck des jetzt bald schon ein Jahrzehnt dauernden militaristischen und faschistischen Terrors, dafür gibt es die braunen Banden, den Geheimdienst, die Konterguerrilla.

Diese Jahre, in denen die ausländischen Milliardäre und die kleine Schicht der einheimischen Kapitalisten (die vor allem, zu 49 Prozent, Konsumgüter produzieren) wurden für die Kurden und Türken, die in der Türkei leben, zu einer wahren Schreckenszeit. Die faschistischen Massaker in Istanbul vom 1. Mai 1977 und von Kahramanmaras in diesem Jahr waren dabei nur die größten in einer ganzen Reihe solcher blutigen Aktionen gegen das Volk.

Die Ruhe, die die Monopole wollen, haben sie allerdings nicht erreicht. Landbesetzungen im östlichen Teil der Türkei, eine ganze Reihe von Streikkämpfen in verschiedensten Branchen, große Massenaktionen gegen den faschistischen Terror reihen sich aneinander.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei (AO) kämpft dabei an allen diesen Fronten dafür, eine einheitliche Bewegung der Völker der Türkei gegen den Imperialismus und die Militärdiktatur zu schaffen.

Zu diesen Wahlen unter den Bedingungen des Kriegsrechts hatte die Partei zum Boykott aufgerufen, zum Zusammenschluß um das Aktionsprogramm der Partei, für das Ziel der nationalen demokratischen Volksrevolution.



Kriegsrecht in der Türkei — Panzer vor der Universität von Ankara



Auf dem zentralen Platz der Hauptstadt San Salvador errichten demonstrierende Werktätige eine Statue General Sandinos, des großen Kämpfers für die Unabhängigkeit des Nachbarlandes Nicaragua. Dies ist ein Ausdruck dafür, daß sie für einen echten gesellschaftlichen Wandel kämpfen. Von der einen oder anderen Junta werden sie sich nicht daran hindern lassen.

USA machen zum Schein Zugeständnisse

Oberst Romero in Salvador gestürzt!

Unsicherheiten wie in Nicaragua sollen vermieden werden

SAN SALVADOR.— Anfang letzter Woche putschte in San Salvador eine Gruppe von Obristen gegen den bisherigen Präsidenten Romero. Drahtzieher dieser Änderung waren die US-amerikanischen Oberherren des Regimes selbst. Die revolutionäre Krise, in der sich heute ganz Mittelamerika befindet, soll durch solche Maßnahmen gebremst werden.

Schon in den vergangenen Monaten hatten die Spitzenbeamten des amerikanischen Außenministeriums und der CIA in den Ländern Guatemala, Costa Rica, El Salvador und Honduras eine rege diplomatische und geheimdienstliche Aktivität entfaltet. Ihre Furcht galt dabei der Ausstrahlungskraft des Sturzes von Somoza in Nicaragua.

Die Verhältnisse in diesen mittelamerikanischen Staaten sind sehr ähnlich. Früher inszenierten die USA jeden Augenblick einen Putsch, um zu verhindern, daß sich stabile Verhältnisse bildeten, so daß ihre eigenen Armeen stets als Garant der Sicherheit auftreten konnte. Von denselben Leuten wurde für die mittelamerikanischen Länder damals der Begriff „Bananenrepublik" erfunden. **Tatsache daran war, daß die berüchtigte „United Fruit Company" diese Agrarländer völlig beherrschte und mit allen Mitteln deren Entwicklung behinderte.**

Beginnend in den dreißiger Jahren in Salvador, wurden überall Militärdiktaturen geschaffen, die sich, entweder mit einem Clan wie die Somozas in Nicaragua oder mit ständig wechselnden Gesichtern wie in Salvador, bis heute hielten. **„United Brands Company", wie die frühere United Fruit aus begreiflichen Gründen heute umbenannt wurde, beherrscht aber in einzelnen dieser Länder immer noch bis zu einem Drittel des Sozialprodukts.**

Nun hat der seit Beginn der siebziger Jahre immer stärkere Kampf in Nicaragua zum Sturz Somozas geführt. Zwar können die US-Imperialisten durchaus die Hoffnung haben, das Regime der neuen Junta in Nicaragua ganz unter ihre Kontrolle zu bekommen, und tun alles dafür, aber es gibt eben verschiedene Unsicherheitsfaktoren, verschiedene politische Strömungen. Und es gibt vor allem den Unsicherheitsfaktor eines Volkes, das für seine Befreiung gekämpft hat und vermutlich bei Enttäuschung seiner Hoffnungen abermals aufstehen wird.

Deshalb war es das Ziel der Tätigkeit der USA in den letzten Monaten, in Mittelamerika verschiedene Reformen als Zugeständnisse zu machen, um diese Bewegung zu bremsen. Romero hatte sich bis zuletzt geweigert, dies zu tun. Viele blutige Armeeüberfälle auf sein Kommando hin gegen die Bevölkerung (der *Rote Morgen* berichtete darüber) hatten allein in den letzten Wochen insgesamt mehrere hundert Tote gekostet. Deshalb mußte er zunächst einmal weg. Neue Gesichter und vielleicht ein paar Zugeständnisse, die sie nichts kosten, so kalkulieren die USA-Oberherren, und dann wird das Volk Ruhe geben — oder wieder geben müssen. **Die neuen Obristen in Salvador begannen ihre Tätigkeit mit Versprechungen und mit Feuerüberfällen auf Demonstranten.** Bejubelt wird diese neue Obristenjunta nur von den USA, der Christdemokratischen Partei und dem hohen katholischen Klerus. Die verschiedenen demokratischen und patriotischen Organisationen und die Guerillatruppen in den Bergen forderten dagegen zur Verstärkung und Ausweitung des Kampfes auf.

Die Einwohner der Hauptstadt San Salvador versammelten sich am Nachmittag nach dem Putsch zu Zehntausenden auf einem zentralen Platz und stellten eine Statue des nicaraguanischen Unabhängigkeitskämpfers Sandino auf — Ausdruck eines Verlangens nach einem wirklichen Wandel.

Streiks in Argentinien

BUENOS AIRES.— Trotz des absoluten Streikverbots, das von der argentinischen Militärdiktatur verhängt wurde, streikten in den letzten Tagen in der Hauptstadt mehr als 10 000 Arbeiter für höheren Lohn.

Angesichts der starken Inflation, die von den amerikanischen, westdeutschen und japanischen Monopolen ins Land getragen wird, stellten sie Forderungen nach 40 Prozent mehr Lohn. Die Unternehmer boten zunächst gar nichts. Nach den ersten Streiks boten sie zehn Prozent, entließen aber gleichzeitig mehrere Dutzend Streikführer. Das führte zu weiteren Streiks, mit dem Ziel der Wiedereinstellung und Rücknahme der Bezeichnung als Streikführer (da dies Gefängnis bedeutet). Einige US-amerikanische Monopole bezahlen jetzt immerhin 22 Prozent mehr und haben die Entlassenen wiedereingestellt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE	
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1394 kHz	215m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1457 kHz	206m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1457 kHz	206m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1394 kHz	215m	MW



Auf Einladung der Redaktion der albanischen Zeitung „Zeri i Popullit", dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, bereiste ein Redakteur des „Roten Morgen" sechs Wochen lang die Sozialistische Volksrepublik Albanien. Bewaffnet mit Notizblock, gespitztem Bleistift und schußbereitem Fotoapparat war er Gast bei Betriebsversammlungen, sprach er mit den Herren des Landes, den Arbeitern und Bauern, sammelte er Eindrücke über das Leben der albanischen Werktätigen, die nach eigenen Worten „leben und kämpfen wie im Belagerungszustand".



Reisereportage SVR ALBANIEN



Ein alter Partisan, der sein Gewehr nicht aus der Hand gelegt hat, junge Freiwillige, Armeesoldaten — in Albanien gehört das zusammen...

Ein Volk in Waffen

(Teil II)

Nehmen wir einmal die Übung der Feiwilligen, die ich in den Bergen von Vlora gesehen habe: Dort wurden bestimmte militärische Fähigkeiten vermittelt — die Sprengtechnik zum Beispiel. Daneben gibt es aber auch noch Übungen allgemeiner Art, die dann den Charakter von kleinen Manövern haben. Und diese Übungen werden dann dort durchgeführt, wo die Freiwilligen leben und arbeiten und wo sie auch militärisch organisiert sind — in den Betrieben, Stadtteilen und Dörfern. Dort, in ihrem unmittelbaren Lebensbereich, haben die Freiwilligen Kräfte auch ihr Waffenlager. Sie sind es ja, die im Ernstfall unmittelbar dem Feind gegenüberstehen, die dann sofort aus dem Stand heraus die Verteidigung ihrer Fabrik oder ihres Dorfes organisieren können.

Die Waffen in den Händen des Volkes — für einen bürgerlichen Politiker eine unbegreifliche Sache. Chruschtschow zum Beispiel wurde bei einem Besuch in Albanien mit dieser Tatsache konfrontiert, als er an der Küste bei Vlore Bauern sah, die ihre Gewehre am Feldrand stehen hatten. Dazu ist der folgende kurze Dialog überliefert. Chruschtschow: „Hier hat ja jeder ein Gewehr, Genosse Hoxha. Haben Sie denn gar keine Angst?" Enver Hoxha: „Warum sollen wir Angst haben? Nur eine Regierung, die sich gegen das Volk wendet, muß Angst vor dem Gewehr in den Händen des Volkes haben. Aber so eine Regierung hat es auch nicht länger verdient, Regierung zu sein." Das ist wahrhaft eine klare Sprache.

Ein sozialistisches Land wie Albanien ist aber nicht nur durch die Bewaffnung des ganzen Volkes gekennzeichnet, sondern auch dadurch, daß seine Armee nicht in Kasernen vom Volk abgekapselt, sondern aufs engste mit ihm verbunden ist. Der Genosse von der Volksarmee erzählt mir dazu eine kleine Begebenheit. Bevor er zu mir kam, ist er in einer Einheit gewesen, wo er mit den Soldaten über die internationale Lage diskutieren wollte.

Armee des Volkes

Die ersten Fragen, die der Genosse dort zu beantworten hatte, bezogen sich jedoch auf — das Wetter. Es hatte nämlich schon längere Zeit geregnet und die Soldaten waren brennend daran interessiert zu erfahren, ob dieser Dauerregen die Ernteaussichten verschlechtert hätte. Diese Sorge der Soldaten um die Lebensbedingungen der Massen, so sagt mir der Genosse, kommt auch immer wieder in praktischen Dingen zum Ausdruck. Ein Beispiel unter vielen war der Einsatz der Armee während des großen Erdbebens im Norden. Ein Einsatz übrigens, der nicht erst angeordnet werden mußte. Da war zum Beispiel eine Einheit in Pentare, deren Kommandeur gerade am Tag des Bebens bei seiner Familie war. Aber auch ohne Kommandeur und ohne Befehle war diese Einheit sofort ausgerückt und hatte in den zerstörten Dörfern Hilfe geleistet. Auch die Grenztruppen, deren Kasernen zum Teil erheblich zerstört waren, hatten sich nicht um die beschädigten eigenen Gebäude gekümmert, sondern waren zu den Bauern gegangen, um ihnen beizustehen.

Die Armee ist in Albanien nicht in einigen wenigen Standorten konzentriert, sondern über das ganze Land verteilt. Die Familien der Offiziere und der anderen Berufssoldaten führen kein abgeschlossenes Leben, sie wohnen in den Dörfern, und die Frauen arbeiten zumeist als Genossenschaftsbäuerinnen. Gerade zu der Zeit, als ich Albanien besuchte, gab es eine bemerkenswerte Initiative von Soldatenfrauen. Die Männer dieser Frauen waren zu einer Abteilung tief in den Bergen verlegt worden. Der Staat hatte daraufhin den Familien Wohnungen in einer kleineren Stadt, die in der Nähe liegt, zur Verfügung gestellt. Die Frauen jedoch haben darauf bestanden, in ein Gebirgsdorf bei der Abteilung ihrer Männer zu ziehen, um dort unter den Bauern zu leben.

Wenn Asim eingezogen wird...

Die enge Verbindung zwischen der Armee und dem Volk in Albanien wird vielleicht am besten deutlich, wenn wir einmal den einzelnen Soldaten betrachten. Ein junger Genossenschaftsbauer, nennen wir ihn Asim, wird zum Militärdienst eingezogen. Er muß nun nicht sein Bündel schnüren und in eine entfernte Region des Landes ziehen. Er wird vielmehr — genauso wie die anderen jungen Männer aus seinem Ort — bei einer Einheit ausgebildet, die direkt in der Umgebung des Dorfes liegt. Wenn er dann mit seinen Kameraden Übungen durchführt, bewegt er sich genau auf den gleichen Feldern, auf denen er Wochen zuvor noch gearbeitet hat. Nebenbei bemerkt macht diese Tatsache allein schon deutlich, warum es in Albanien nicht solche verheerenden Manöverschäden gibt wie bei uns.

An den Übungen, zu denen Asim abkommandiert ist, nehmen zudem oft auch die Freiwilligen der Genossenschaft teil, Menschen, die er kennt, mit denen er aufgewachsen ist. Armee und Freiwillige haben ja eine gemeinsame Aufgabe: das Land vor möglichen Angreifern zu verteidigen. Und die Bedingungen dafür sind natürlich optimal. Asim und seine Kameraden, seien sie nun Soldat oder Freiwillige, kennen hier jeden Stein und jeden Strauch. Zudem haben sie noch eine ganz unmittelbare Verbindung zum Befreiungskampf, in dem auch ihr Dorf seine Rolle gespielt hat. Und wie überall in Albanien, so ist auch hier die Geschichte dieses Kampfes nach der Befreiung sorgfältig und auf die örtlichen Bedingungen bezogen aufgearbeitet worden. Das war eine unschätzbare Grundlage für die Bestimmung der heutigen Methoden und Taktiken der Verteidigung.

Asim ist also auch als Soldat nicht vom gesellschaftlichen Leben seines Dorfes getrennt. Er ist weiter in der Nähe seiner Arbeitskollegen und auch seiner Familie; er geht weiter zu Versammlungen im Dorf, zu Festen und in sein Stammcafé. Und die Kaserne, in der er jetzt wohnt, ist auch seinen Eltern nicht verschlossen. Sie kommen zum Beispiel ab und zu, wenn auf den Versammlungen des Jugendverbands der Einheit wichtige Probleme behandelt werden, und um sich nach der Ausbildung ihres Sohnes zu erkundigen, gehen sie auch schon mal zum Kommandeur. Im übrigen sind die Bauern des Dorfes auch stets über alle Belange „ihrer" Einheit auf dem Laufenden, denn die muß regelmäßig vor dem Volksrat der Genossenschaft Rechenschaft ablegen.



Soldaten bei der Feldarbeit: Zum einen bearbeitet die Armee eigene Felder, um die Versorgung der Soldaten mit Nahrungsmitteln so weitgehend selbst zu garantieren, zum anderen helfen die Soldaten auch schon mal mit einem Ernteeinsatz bei den Bauern oder bei der Neuerschließung von Land...

Und wie sieht das Verhältnis des Soldaten Asim zu den Offizieren aus? Dort wo Staatsmacht und Volk, wo Offiziere und Mannschaften von den gleichen Interessen geleitet sind, kennt man solche Erscheinungen wie Drill und Schikane nicht. Hier werden schließlich keine Kampfautomaten abgerichtet, die als Kanonenfutter in den Eroberungskriegen der Monopolherren eingesetzt werden können. Hier wird den Werktätigen die notwendige militärische Ausbildung vermittelt, die sie zur Verteidigung ihres Landes und ihres Staates brauchen. Offiziere und Soldaten in Albanien sind Genossen, keine Klassenschranke steht zwischen ihnen. Und das merkt man auch an den äußeren Dingen. Etwa daran, daß die Offiziere keine Rangabzeichen tragen, daß sie mit den Mannschaften das gleiche Essen und auf Reisen auch das gleiche Zimmer teilen.

Land der tausend Bunker

Jeder Ausländer, der Albanien besucht, wird schon in den ersten Stunden seines Aufenthalts unvermeidlich auf kleine halbkugelförmige Gebilde aus Beton stoßen, die einzeln oder in langer Reihe die Straßen säumen, auf den Feldern stehen oder sich an der Küste entlangziehen. Selbst dem Auge eines militärischen Laien kann es nicht entgehen, daß es sich hierbei um Bunker handelt. Natürlich habe ich den Offizier der Volksarmee auch nach diesen Anlagen gefragt und danach, welche Rolle sie im System der Verteidigung des Landes spielen. „Ja, sie sind wirklich nicht zu übersehen, unsere Bunker", sagte er. „Nicht nur unsere Freunde bemerken sie, sondern selbstverständlich auch unsere Feinde. Aber das macht gar nichts. Sie sollen ruhig merken, daß wir unsere Verteidigung organisieren. Man kann heute wirklich sagen, daß jedes Stück unseres Landes mit solch einem Bunker versehen ist. Sie sind so stark, daß sie auch schweren Schlägen widerstehen können. Was ihr Anordnung betrifft, so sind sie sowohl in die Breite wie auch in die Tiefe gestaffelt und untereinander verbunden. Insofern sind unsere Anlagen auch wesentlich stärker als etwa die Maginot- oder die Barlev-Linie."

Die stärkste Bastion aber, so sagt der Genosse, ist das albanische Volk selbst. Wenn man heute zu recht sagt, Albanien sei unzerstörbar, so ist damit in erster Linie das Volk gemeint, seine Kraft und Erfahrung, seine Bewaffnung, sein Patriotismus. Dieses Volk wird mit allem, was es hat, den Sozialismus verteidigen. Und es wird einem etwaigen Angreifer keine Handbreit Boden kampflos preisgeben. Jeden Teil des Landes sichern und im Ernstfall gegen den Aggressor halten — das ist die Linie, von der sich die Albaner bei der Verteidigung ihres Landes leiten lassen.

Sie ist übrigens in harten inneren Kämpfen durchgesetzt worden. Der frühere Verteidigungsminister Balluku nämlich — der sich dann als Verräter entpuppte — wollte im Ernstfall die weiten Ebenen dem Feind überlassen und nur einen Guerillakrieg in den Bergen führen. Balluku und seine Anhänger versuchten auch die Führung der Armee durch die Partei zu beseitigen und das System der politischen Kommissare abzuschaffen. Sie wollten eine Kasernenarmee schaffen, isoliert vom Volk, die nur ihren eigenen Gesetzen gehorcht. Aber diesen Verrätern ist es so gegangen wie allen Vorläufern, die sie hatten. Ihre Pläne wurden vereitelt und sie selbst von der Volksmacht bestraft.

Im Schutz der Berge

Heute sind nicht nur — wie gesagt — alle Bedingungen zur militärischen Verteidigung des ganzen Landes geschaffen. Es bestehen auch die Voraussetzungen für einen umfassenden Zivilschutz. Ich hatte schon davon gehört, daß die Albaner ihre Berge unterbunkern. Als ich den Genossen von der Volksarmee danach frage, lacht er. „Berge", so sagt er, „haben wir ja mehr als genug, und sie spielen auch ihre Rolle in unseren Verteidigungsplänen. Nicht nur als Schutzraum übrigens, sondern auch als kühle Vorratslager für Lebensmittelreserven. Aber es gibt natürlich auch in den Städten Schutzräume unter der Erde, die von verschiedenen Eingängen aus erreicht werden können. Das ist natürlich eine unbedingte Notwendigkeit. Wir müssen unser Volk schützen, vor allem unsere Kinder. Sie werden im Ernstfall übrigens sofort evakuiert, auch die Mütter von kleinen Kindern."

Und die anderen? Ich denke zurück an die jungen Arbeiterinnen, denen ich in den Bergen von Vlora begegnet bin, an ihre Fröhlichkeit, die Selbstverständlichkeit, mit der sie ihr Waffenhandwerk meisterten. Diese Mädchen — und mit ihnen alle anderen — werden im Ernstfall auf ihrem Posten stehen und die Heimat verteidigen...

Im nächsten RM: Besuch in einem Dorf der griechischen Minderheit.



Unser Bild: Der Nobelmann und der Menschenfresser: Giscard und Bokassa bei einem Treff 1975

Die Liebe, Wertschätzung, Unterstützung, Hilfe, die speziell der französische Staatspräsident Valery Giscard d'Estaing dem mittlerweile gestürzten Kaiser und Menschenfresser Bokassa angedeihen ließ, hatte eine durchaus materielle Grundlage: Diamantengeschenke.

Die Geschenke des Menschenfressers

Diamanten für Giscard

1973, als Giscard in seiner damaligen Funktion als französischer Finanzminister die Zentralafrikanische Republik besuchte, unterschrieb Bokassa eine Anweisung: "Bitte händigen Sie Madame Dimitri einen Diamanten von 30 Karat für Monsieur Giscard d'Estaing aus." — Dieses Dokument ist erhalten geblieben; kürzlich veröffentlichte es die Pariser Zeitung *Carnard Enchaine*. Die Zeitung schätzte den Wert des Diamanten auf 430000 Mark. Nach einem neuen Bericht von *Carnard Enchaine* soll Giscard 1975 — nun schon als Präsident — abermals Bokassa-Diamanten in Empfang genommen haben.

Giscard sah sich zu einem eindeutigen Dementi außerstande. Seine Erklärungsversuche gerieten ihm vielmehr zu unfreiwilligen Schuldeingeständnissen. So ließ er seinen Pressechef erklären, daß „solche Geschenke... keinesfalls den Charakter oder den Wert haben, wie sie von einigen Presseorganen im Zusammenhang mit Zentralafrika angegeben werden." — Ein paar Tage später erklärte der Sprecher: „Der Präsident wird diese Vorwürfe widerlegen — zu einem angemessenen Zeitpunkt."

Auch zwei leibliche Vettern des Präsidenten haben zentralafrikanische Geschenke eingeheimst: der Präsident der Bank für Außenhandel, Francois Giscard d'Estaing, und der Finanzdirektor des französischen Atomenergiekommissariats, Jacques Giscard d'Estaing. — Das französische Atomenergiekommissariat ist übrigens mit fünfzehn Prozent an den Uranschürfrechten in Zentralafrika beteiligt.

Wenn es um eine respektable Dividende, um angemessene Prozente oder ein paar hochkarätige Klunker geht, dann sind die Kapitalisten und ihre Staatsmänner vom Schlage eines Giscard zu jeder Schandtat bereit. Dann rechtfertigen und fördern sie, die sich gern als die Crème westeuropäischer Zivilisation darstellen, auch Menschenfresserei und Kindermord. Ihre einzige Sorge ist nur, daß von ihren Verbindungen und Handlungen nichts an die Öffentlichkeit dringt.

Als im vergangenen September unter dem Schutz französischer Fallschirmjäger die Marionette Bokassa gegen die Marionette Dacko ausgewechselt wurde, hatten die Invasionssoldaten gleichzeitig eine eilige Aufgabe zu erfüllen. Sie schafften die einschlägigen Akten aus Bokassas Archiv umgehend in sichere Verwahrung — in die französische Botschaft. Dabei übersahen sie die Anweisung auf den Diamanten von 30 Karat.

Frankfurter Buchmesse: Proteste gegen Carstens

Carstens-Begleiter schlägt jungen Mann bewußtlos

FRANKFURT.— Große Empörung hat der Auftritt des Exnazis und jetzigen Bundespräsidenten Carstens auf der Frankfurter Buchmesse ausgelöst. Praktisch im Vorbeigehen schlug einer der Begleiter Carstens einen jungen Mann krankenhausreif.

Gegen den Besuch des ehemaligen SA-Manns und Mitglieds der Partei der Bücherverbrennungen protestierten zahlreiche Besucher und Teilnehmer der Frankfurter Buchmesse. „Auf Ihrer Weste sind braune Flekken!" und „Wie kann ein NS-Mann Bundespräsident sein?" — so klang es Carstens entgegen. Da stürzte sich einer der bewaffneten Begleiter des Präsidenten auf die Protestierenden und schlug einen jungen Mann zu Boden. Zwei Jugendliche wurden festgenommen. Ohne sich um den bewußtlosen Verletzten zu kümmern, ging die Carstens-Truppe weiter. Der junge Mann erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß er in ein Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Eine Reihe von Verlagsmitarbeitern gab im Anschluß an den skandalösen Auftritt des Bundespräsidenten folgende Erklärung ab: „Ein Messebesucher, der Flugblätter verteilte, mit denen auf die politische Vergangenheit des Bundespräsidenten aufmerksam gemacht wurde, ist von einem den Bundespräsidenten begleitenden Sicherheitsbeamten brutal niedergeschlagen worden. Der Bundespräsident und seine Begleiter ließen den Verletzten am Boden liegen und verschwanden. Messebesucher und Mitarbeiter von angrenzenden Verlagsständen kümmerten sich um den Bewußtlosen, bis der Sanitätsdienst eintraf und ihn ins Krankenhaus brachte. Als ausstellende Verlage protestieren wir gegen einen derartigen Messebesuch und die Unterlassung der menschlichen und juristisch gebotenen Hilfeleistung für den Verletzten."

Die Erklärung wurde von zahlreichen Verlagen unterzeichnet.

Krankenhausskandal in Erftstadt/Köln

Radium in der Blechbüchse aufbewahrt

KÖLN.— Skandalöse Zustände sind im katholischen Marienhospital in Erftstadt bei Köln aufgedeckt worden. Wenn auch nicht alltäglich, wirft der Fall doch ein bezeichnendes Licht auf das bundesrepublikanische Gesundheitswesen.

In dem 125-Betten-Hospital herrschten chaotische Zustände. In der Krankenhausapotheke, zu der sich jedermann Zutritt hätte verschaffen können, lagerten Arzneimittel in Müllsäcken.

Den Gipfel des Skandals bildet jedoch der illegale Gebrauch von radioaktivem Radium durch den Chefarzt Dr. Gottfried Niedeggen. Niedeggen wendete das Radium nicht nur unsachgemäß an, sondern lagerte das gefährliche Material auch ohne ausreichende Sicherung. Ein Teil des Radiums fand sich in einem dünnwandigen Metallbehälter, der wiederum in einem Tresor lagerte, der auch Geld enthielt. Vermutlich schon seit mindestens zehn Jahren doktert dieser Dr. Niedeggen ohne Genehmigung mit dem strahlenden Material.

Wie ist es möglich, daß ein Quacksalber wie Niedeggen über einen solchen Zeitraum ungehindert sein Unwesen treiben konnte? Woher bekam er das Radium? Werden die Krankenhäuser und ihre Chefärzte etwa nicht von den Gesundheitsbehörden kontrolliert? Welche Rolle spielt die katholische Kirche bei dieser finsteren Angelegenheit? — Als Träger des Krankenhauses ist sie schließlich verantwortlich für das, was in den Operationssälen, Krankenzimmern und — Abstellkammern passiert.

Was ist das für ein Gesundheitswesen, in dessen Rahmen Existenzen wie Dr. Niedeggen Leben und Gesundheit der Patienten gefährden können? — Als Anfang dieses Monats ein 13jähriger Junge mit einem komplizierten Beinbruch ins Marienhospital eingeliefert wurde, schob Dr. Niedeggen die dringend notwendige Operation mit der Begründung auf, daß ein Teil des Operationsbestecks nicht aufzufinden sei und die Operationsschwester gerade Ausgang habe.

Übrigens hat sich Dr. Niedeggen einer Strafverfolgung einstweilen durch die Flucht entzogen. Die Umstände seiner Flucht sind im übrigen höchst interessant; sie zeigen, mit welcher Konsequenz der gegenüber Kritikern und Verfassungsfeinden so gepanzerte bundesrepublikanische Staat die Verfolgung von allgemeingefährlichen Ganoven à la Niedeggen betreibt. Niedeggen entkam, als die Polizei ihn in der Nacht zum Mittwoch letzter Woche festnehmen wollte, — auf einem Fahrrad...

Steuergelder für Luxus der Milliardäre

Staatliche Subvention für Luxusjacht

BREMEN.— Für den Bau einer Luxusjacht für den Multimillionär Thyssen-Bornemisza kassierte die Elsflether Werft 1,2 Millionen Mark an öffentlichen Subventionen. 1,2 Millionen Mark Steuergelder — verbraten für das Vergnügen eines Großkapitalisten!

Die Luxusjacht „Hanse" sollte bereits im letzten Jahr, getarnt als „Sonderfrachter", subventioniert werden. Der Plan scheiterte jedoch zunächst. Erst als Anfang dieses Jahres das sogenannte Werfthilfeprogramm verabschiedet wurde, gelang den Luxusdampfer-Erbauern der Griff nach der Steuermillion.

Die „Hanse" wird nun unter dem Etikett „Mehrzweckschiff" für Konferenzen, Tauchexpeditionen, Kreuzfahrten im Mittelmeer gebaut; angeblich wird sie für einen Tagespreis von 15000 Mark zu mieten sein. Es wird jedoch nur einen „Mieter" geben: den Großindustriellen Baron Heinrich Thyssen-Bornemisza, wohnhaft zu Monte Carlo. Denn als künftiger Besitzer und Vermieter der Jacht fungiert kein anderer als Thyssen-Bornemiszas Generalbevollmächtigter für die Großwerft Bremer Vulkan, Hans Martin Huchzermeier.

Übrigens ist der Millionen-Coup auf unsere Steuern auch nach der Produktionsstätte der Luxusjacht hin allerbestens abgesichert. Huchzermeiers Lebensgefährtin Margot Häfker ist Mehrheitsaktionärin der Elsflether Werft.



Samstag, 27. Oktober, 20.30 Uhr, Bayern III
Karl Valentin und Liesl Karlstadt: So ein Theater. Das Stück entstand 1934 nach Motiven aus dem Stück „Tingeltangel" von Karl Valentin und Liesl Karlstadt. — Nach ihrer Machtergreifung behinderten die Nazis mehr und mehr Valentins Arbeit. Valentins Stücke wurden wegen ihrer „Elendstendenz" verdammt, manche verboten. Valentin zog sich zuletzt völlig zurück und verdiente sich seinen Unterhalt als Schreiber.

•

Montag, 29. Oktober, 21.15 Uhr, WDR III
Die Killer. Spielfilm aus den USA (1946) nach der gleichnamigen Erzählung von Ernest Hemingway.

•

Dienstag, 30. Oktober, 19.30 Uhr, ZDF
Moderne Zeiten von und mit **Charlie Chaplin.** — Die Monotonie der Fließbandarbeit, die Verlorenheit des Arbeiters zwischen den Maschinen, Arbeitslosigkeit, Erwerbslosendemonstration, Polizeieinsätze, Gefängnis „Fürsorge" — das sind einige der Themen in „Moderne Zeiten", einem der besten Chaplin-Filme. Charlie schlägt sich durch — als Fabrikarbeiter, als Häftling (wobei er durch Kokain statt Zucker in den Kaffee gibt), als Werftarbeiter (er läßt aus Versehen ein Schiff vom Stapel), als Nachtwächter, Varieté-Sänger, Liebhaber usw. Das Lachen kommt nicht zu kurz bei diesem großartigen Film, der einen gesellschaftskritischen Hintergrund hat. Er entstand 1935, noch zur Zeit der großen Weltwirtschaftskrise.

•

Mittwoch, 31. Oktober, 22.05 Uhr, Nord III
Antonio Gramsci. Film über den Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens (1921). Gramsci, geboren 1891, starb 1937 nach zehnjähriger Haft in einem Gefängnis des faschistischen Italien.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML' REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM,** Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG,** Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.